



4/03

SPECIAL

A+A 2003

2 Podiumsdiskussion: / Panel Discussion: "CSR – the Role of International Organisations"

Table ronde: «La RSE – le rôle des organisations internationales»

5 Zusammenarbeit in einem erweiterten Europa / Co-operation in an Expanded Europe / La coopération dans une Europe élargie

8 Manipulation von Schutzeinrichtungen – Handlungsbedarf für die Normung?

Bypassing of protective devices – a need for action by standardization bodies?

Les manipulations sur les dispositifs de protection – est-ce bien l'affaire du normalisateur?

THEMES

11 Interview Evangelos Vardakas, EU Commission

14 Internationale Normung aus Sicht des Arbeitsschutzes

International standardization from the viewpoint of OH&S experts

La normalisation internationale: le point de vue des préventeurs

17 Arbeitsschutz in Spanien
OH&S in Spain
La prévention en Espagne

IN BRIEF

20 SOLVIT – Problemlösung im Binnenmarkt

SOLVIT – Problem Solving in the Internal Market

SOLVIT – Résolution des problèmes dans le Marché Intérieur

Neue Richtlinien zum Schutz vor physikalischen Einwirkungen
New directives governing protection against physical agents
De nouvelles directives sur la protection contre les agents physiques

Verbesserte Version von NoRA
Improved version of NoRA

NoRA: le système s'affine

EUROSHNET Aktuell / News / Actualités

23 SERVICE

Publications / Internet / Events

KAN-Veranstaltungen auf der A+A 2003

Die KAN hat sich mit zwei Sonderveranstaltungen und einem Vortrag am Kongress der A+A 2003 Ende Oktober in Düsseldorf beteiligt.

Im Vortrag „Problem der Manipulation von Schutzeinrichtungen“ wurde deutlich, dass schon bei der Konstruktion von Maschinen und der Erarbeitung von Maschinennormen einer späteren Manipulation vorgebeugt werden kann.

Bei der Veranstaltung „Arbeitsschutz und Normung: Möglichkeiten der Zusammenarbeit in einem erweiterten Europa“ stellten Vertreter aus EU-Mitglieds- und Beitrittsstaaten die neuen Herausforderungen, die durch die EU-Erweiterung entstehen, aus ihrer Sicht dar.

„Corporate Social Responsibility – the Role of International Organisations“ war das Thema einer ILO/KAN-Podiumsdiskussion. Dabei ging es v. a. um die Frage, wie die soziale Verantwortung von Unternehmen europäisch und international behandelt werden kann, ohne kulturelle Unterschiede außer Acht zu lassen, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu beschneiden und Zertifizierungszwänge auszulösen.

Eugen Müller, Vorsitzender der KAN

KAN events at A+A 2003

KAN hosted two special events and a lecture at the A+A 2003 Congress held in Düsseldorf at the end of October.

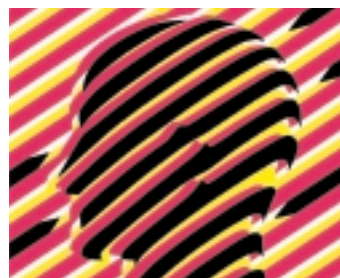
The lecture, which addressed the problem of bypassing of protective devices, showed that manipulation in later use could be prevented by measures taken during the design of machinery and the development of machinery standards.

At the event entitled "OH&S and Standardization: Co-operation in an Expanded Europe", representatives from EU Member States and candidate countries described from their own perspectives the new challenges facing them as a consequence of EU enlargement.

„Corporate Social Responsibility – the Role of International Organisations“ was the subject of a panel discussion hosted by ILO and KAN.

The main question was primarily how the social responsibility of companies could be dealt with at European and international level without ignoring cultural differences, impairing companies' competitiveness, or creating pressure for certification.

Eugen Müller, Chairman of KAN



A+A 2003

Les contributions de la KAN à l'A+A 2003

En organisant deux manifestations spéciales et en présentant un exposé, la KAN a participé au congrès de l'A+A, qui s'est déroulé fin octobre 2003 à Düsseldorf.

L'exposé intitulé «Le problème de la manipulation des dispositifs de protection» a mis en évidence le fait que des mesures propres à empêcher cette manipulation devaient être prises dès le stade de la conception des machines, voire de la rédaction des normes.

Lors de la conférence intitulée «Prévention et normalisation: possibilités de coopération dans une Europe élargie», des représentants des États membres et candidats de l'UE ont présenté leur vision des nouveaux défis que ne manquera pas d'entraîner l'élargissement de l'UE.

«La RSE – le rôle des organisations internationales» était le thème d'une table ronde organisée par la KAN et l'OIT. Les participants ont notamment évoqué la question de savoir comment gérer – au niveau européen et international – la responsabilité sociale des entreprises sans négliger les différences culturelles, porter atteinte à la compétitivité des entreprises, ni déclencher de nouvelles contraintes en matière de certification.

Eugen Müller, Président de la KAN

Podiumsdiskussion „CSR – the Role of International Organisations“

Soziale Verantwortung (Corporate Social Responsibility – CSR) ist ein immer wichtiger werdendes Thema für die Unternehmen weltweit. Beispiele, wie Unternehmen ihre nicht unmittelbar wirtschaftlichen Leistungen – speziell in gesellschaftlichen und Umweltbelangen – darlegen, liegen in großer Zahl vor. Jetzt ist die ILO gefragt, einen Rahmen bereitzustellen, der der Vielfalt der Initiativen Konturen gibt.

Bei der von der KAN gemeinsam mit der ILO während der A+A 2003 durchgeführten Podiumsdiskussion unter Leitung des KAN-Vorsitzenden Eugen Müller (BDA) ist deutlich geworden, dass es eine große Zahl unterschiedlichster Ansätze zum Thema CSR gibt. Es überrascht daher nicht, dass bei der ISO überlegt wird, ob eine Norm erarbeitet werden soll, um die vielfältigen Ansätze vergleichbar zu machen. Dass es ein weltweites Ziel ist, CSR voranzubringen, aber bezweifelt wird, ob eine Norm dafür ein geeignetes Mittel ist, machte Guido Gürtler (Siemens AG) als Mitglied der „Strategischen Beratungsgruppe“ der ISO deutlich. Argumente, die gegen die Normung sprechen, seien z.B., dass CSR bereits heute auch ohne Standards funktioniert, dass genügend gute Beispiele und Erfahrungen vorliegen, die allerdings besser bekannt gemacht und vermittelt werden müssten, und dass es keine Lösung für alle geben kann („one size fits all“), da die Prioritäten von Kultur zu Kultur anders gesetzt werden.

Dies deckt sich mit der deutschen Regierungsposition, die Wolfgang Koberski (BMWA) vertrat: CSR ist hilfreich, aber allein auf der Grundlage eines freiwilligen Engagements der Unternehmen. Mit einer Norm würde nur ein neues Feld für kostspielige Zertifizierungen eröffnet. Dies könne nicht im Interesse der deutschen Wirtschaft sein. Er wandte sich daher auch gegen Bestrebungen, CSR im Rahmen der EU zu regeln.

In anderen Regionen der Welt wird diese Sorge so nicht geteilt. Alfred Angula, Gewerkschaftsvertreter aus Somalia, beklagte vielmehr, dass multinationale Unternehmen ihre Erklärung zur sozialen Verantwortung von Kontinent zu Kontinent anders interpretierten und die angestrebte Gleichbehandlung vielfach nicht erreicht werde. Den nationalen Regierungen fehlten die Ressourcen, um die Einhaltung sozialer Standards, gerade auch der ILO-Standards, effektiv zu überwachen und zu fördern.

Ähnliches berichtete Carlos Roberto Acuña, Unternehmensvertreter aus Costa Rica. Zwar habe u.a. sein Unternehmen,

Chiquita, das Konzept CSR nach Costa Rica gebracht. Die Idee sei aber auf Großunternehmen beschränkt und werde selten in KMU oder etwa in der Landwirtschaft praktiziert. Zwar gebe es gesetzliche Vorschriften, aber kaum operative Mittel, um deren Einhaltung zu überprüfen.

Die soziale Berichterstattung, ein wichtiger Bestandteil vieler CSR-Konzepte, hat in einzelnen Unternehmen durchaus eine lange Tradition, wie Lucien Royer (IBFG) darlegte, es müssten aber die Rahmenbedingungen für ihre weitere Verbreitung geschaffen werden. Die EU habe diesem Prozess mit ihrem Grünbuch (KOM (2001) 366 endg., 18.7.2001) einen neuen Schub gegeben. Das Warten auf freiwilliges Engagement reiche allerdings nicht aus. Ein weltweit gültiger Mindestrahmen müsse vorgegeben werden. Entscheidend sei, wie die soziale Verantwortung auf betrieblicher Ebene umgesetzt werde, nämlich in Richtung mehr Demokratie und mehr Beteiligung.

Als Vizepräsident der ISO betonte Dr. Torsten Bahke (DIN), dass CSR ein wichtiges Thema darstellt, auch im Hinblick auf einen fairen Wettbewerb. Die ISO könne sich aber überfordert sehen, eine solche Norm in Angriff zu nehmen. Seines Erachtens ist in dieser Frage kein Konsens der betroffenen Kreise zu erwarten.

Die ILO-Übereinkommen zu Arbeitsschutz und Arbeitsbedingungen weisen viele Berührungspunkte zum Thema CSR auf. Die Zahl von über 90 einschlägigen Empfehlungen, Abkommen, Codes of Practice usw. belege, so Dr. Jukka Takala (ILO), dass es nicht an Standards mangle, sondern an deren Umsetzung. Wenn allerdings Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Regierungen – die Mitglieder der ILO – Bedarf anmelden, werde man sich des Themas annehmen.

Dass es Bedarf an einem weltweit gültigen Rahmendokument gibt, machten auch weitere Diskussionsbeiträge deutlich. Zuerst allererst wird ein gemeinsames Verständnis darüber benötigt, was CSR beinhaltet, denn eine allgemein anerkannte Definition fehlt noch. Andererseits soll der Rahmen nicht einengen: Er muss Vielfalt zulassen, kulturelle Verschiedenheit und nationale Besonderheiten respektieren. Schließlich sollte ein solches Papier aber auch so konkret sein, dass die sozialen Leistungen von Unternehmen vergleichbar werden, ohne allerdings deren Wettbewerbsfähigkeit zu beschränken.

Ulrich Bamberg, Eckhard Metzke

CSR bleibt kontrovers

BDA
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

BMWA
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

DIN
Deutsches Institut für Normung

IBFG
Internationaler Bund Freier Gewerkschaften

ILO
Internationale Arbeitsorganisation

ISO
Internationale Organisation für Normung

Panel discussion: "CSR – the Role of International Organisations"

Corporate social responsibility (CSR) is an increasingly important subject for companies worldwide. Numerous examples exist of how companies present those of their activities which are not directly of an economic nature, particularly in the social and environmental sphere. The ILO is now presented with the task of providing a framework for the multitude of different initiatives.

During the panel discussion held jointly by KAN and ILO at A+A 2003 and moderated by KAN Chairman Eugen Müller (BDA), it became clear that a great number of widely differing approaches exist to the subject of CSR. It therefore comes as no surprise that ISO is contemplating the drafting of a standard the intention of which is to permit comparison between the many approaches. As Guido Gürtler (Siemens AG), a member of ISO's Strategic Advisory Group, made clear, promotion of CSR is a worldwide objective, but doubts remain that a standard is a suitable instrument for its attainment. Arguments against standardization include the fact that CSR already functions without standards, that sufficient positive examples and experience are already available, though requiring improved publicity and presentation, and that there can be no "one size fits all" solution, as priorities differ from one culture to another.

This position corresponds to that of the German government, as presented by Wolfgang Koberski of the Federal Ministry of Economics and Labour (BMWA): CSR is useful, but only on the basis of voluntary commitment on the part of companies. A standard would merely create a new area for expensive certification. This could not be in the interests of the German economy. Koberski thus also opposed efforts to regulate CSR at EU level.

This concern is not shared in the same way in many parts of the world. Alfred Angula, a union representative from Somalia, voiced the complaint that multinational companies interpret their declarations of social responsibility differently from one continent to another, and that the equality aimed for is frequently not reached. According to Angula, national governments lack resources to monitor compliance with social standards effectively and to promote them, in particular the ILO standards.

A similar report was delivered by Carlos Roberto Acuña, an industry spokesman from Costa Rica. Whilst his company, Chiquita, had been one of the companies to introduce the concept of CSR to Costa Rica, the idea had not spread beyond large

companies and was seldom practised in SMEs or, for example, in the agricultural sector. Statutory provisions did exist, but little in the way of operative instruments for monitoring their observance.

Social reporting, an important constituent of many CSR concepts, has in fact enjoyed a long tradition in certain companies, as was shown by Lucien Royer (ICFTU); Royer saw a need for creation of a framework for wider social reporting, however. The EU had added new impetus to this process with its green paper (COM (2001) 366 final, 18 July 2001). It was not enough, however, to wait for voluntary commitment; in Royer's view, a minimum framework needed to be specified worldwide. Of crucial importance was how social responsibility should be implemented at plant level, namely with a view to greater democracy and increased participation.

As Vice-President of ISO, Dr. Torsten Bahke (DIN) emphasized that CSR represents an important issue, not least with regard to fair competition. It may however be beyond the means of ISO to attempt to create such a standard. In Bahke's view, the groups concerned are unlikely to reach a consensus on this issue.


The ILO agreements governing occupational health and safety and working conditions overlap with the subject of CSR in several areas. As Dr. Jukka Takala (ILO) pointed out, with a total of over 90 relevant recommendations, agreements, codes of practice, etc., the problem is not one of a shortage of standards, but of a failure to implement them. Should, however, employers' associations, unions and governments – the members of ILO – indicate a need, the ILO would address the subject.


Other contributions to the discussion also showed the need for a framework document with worldwide validity. First and foremost, agreement is needed on what is included under the heading of CSR, as no generally accepted definition exists as yet. At the same time, the framework should not be too restrictive: it must permit variety, cultural diversity, and national peculiarities. Finally, such a document should also be sufficiently precise for the social endeavours of companies to be comparable, without at the same time impairing their competitiveness.

Ulrich Bamberg, Eckhard Metzke



CSR remains controversial

 Ulrich Bamberg
Tel. +49 2241-231-3451
bamberg@kan.de

 Eckhard Metzke
Tel. +49 2241-231-3452
metzke@kan.de

BDA

Confederation of German Employers' Associations

BMWA

German Federal Ministry of Economics and Labour

DIN

German Standards Institute

ICFTU

International Confederation of Free Trade Unions

ILO

International Labour Organization

ISO

International Organization for Standardization



La RSE reste controversée

BDA

Confédération des syndicats patronaux allemands

BMWA

Ministère fédéral de l'Économie et du Travail

DIN

Institut allemand de normalisation

CISL

Confédération internationale des syndicats libres

OIT

Organisation Internationale du Travail

ISO

Organisation internationale de normalisation

Table ronde : « La RSE – le rôle des organisations internationales »

La responsabilité sociale des entreprises (RSE) est un sujet qui prend de plus en plus d'importance, et ce au niveau mondial. Une multitude d'exemples illustrent la manière dont les entreprises communiquent sur leurs performances qui ne sont pas directement de nature économique – notamment sur les enjeux sociaux et environnementaux. Il est aujourd'hui demandé à l'OIT d'élaborer un cadre propre à donner des contours plus nets à des initiatives aussi nombreuses que diverses.

De la table ronde organisée conjointement par la KAN et l'OIT lors de l'A+A 2003, et dirigée par Eugen Müller, Président de la KAN (BDA), il est ressorti qu'il existe une multitude d'approches concernant la RSE. Rien d'étonnant, dès lors à ce que l'ISO s'interroge actuellement sur l'opportunité d'une norme qui permettrait de les comparer. Membre du « groupe stratégique de consultation » de l'ISO, Guido Gürtler (Siemens AG) a reconnu que faire progresser la RSE représentait un enjeu de dimension mondiale, mais qu'il était permis de douter qu'une norme soit le moyen adéquat pour y parvenir. Divers arguments s'opposent à une normalisation : le fait, par exemple, que la RSE fonctionne déjà sans norme, qu'il en existe assez de bons exemples et expériences (qu'il faudrait, certes, mieux faire connaître), et qu'une même solution (une « taille unique ») n'est pas nécessairement applicable à tous, les priorités n'étant pas les mêmes d'une culture à l'autre.

Ceci rejoint la position du gouvernement allemand, présentée par Wolfgang Koberski (BMW): la RSE est utile, certes, mais à condition de s'appuyer sur un engagement volontaire de la part des entreprises. Une norme ne servirait qu'à ouvrir une nouvelle porte à des certifications coûteuses, ce qui ne peut pas être dans l'intérêt de l'économie allemande. C'est pourquoi il s'est également prononcé contre les intentions de réglementer la RSE au sein de l'Union européenne.

Dans d'autres régions du monde, cette crainte n'est pas partagée. Alfred Angula, représentant syndicaliste de Somalie, a regretté que certaines multinationales donnent un sens différent à leur déclaration concernant la responsabilité sociale, selon le continent où elles se trouvent, et que, très souvent, la parité recherchée reste lettre morte. Selon lui, les gouvernements ne disposent pas des moyens nécessaires pour surveiller efficacement ni pour encourager le respect des standards sociaux – surtout de ceux de l'OIT.

Un avis semblable a été exprimé par Carlos Roberto Acuña, qui représentait une

entreprise de Costa Rica. Certes, son entreprise – Chiquita – a été l'une de celles qui ont introduit le concept de la RSE au Costa Rica, mais cette idée se limite aux grosses entreprises, et est rarement pratiquée par les PME ni, par exemple, par le secteur agricole. Il existe des réglementations légales, mais les moyens pratiques de contrôle sont quasi inexistantes.

Selon Lucien Royer (CISL), le rapport social – élément important de nombreux concepts de RSE – jouit, certes, d'une longue tradition dans certaines entreprises, mais il faudrait créer les conditions propres à en permettre une plus large diffusion. L'UE a fait avancer ce processus, par son Livre vert (COM (2001) 366 final, 18.7.2001). Mais attendre que les entreprises s'investissent sur une base volontaire ne suffit pas. Il faut définir un cadre minimum qui soit valable au niveau mondial. La question déterminante est de savoir comment la responsabilité sociale s'exerce au niveau de l'entreprise : en privilégiant la démocratie et la participation.

En sa qualité de Vice-Président de l'ISO, le Dr Torsten Bahke (DIN) a souligné que la RSE constituait un enjeu important, notamment du point de vue de la concurrence loyale, mais que la mise en chantier d'une telle norme pourrait constituer pour l'ISO une tâche dépassant son domaine de compétence, et qu'il ne faut pas s'attendre à un consensus de la part des cercles concernés.

Les accords de l'OIT concernant la prévention des risques professionnels et les conditions de travail présentent de nombreux points communs avec la RSE. Le nombre (plus de 90) de recommandations, conventions, Codes of Practice, etc... consacrés à ce sujet prouve bien, comme l'a souligné le Dr Jukka Takala (OIT), que le déficit ne se situe pas au niveau des standards, mais de leur mise en pratique. Si toutefois les syndicats patronaux, les syndicats et les gouvernements – les membres de l'OIT – signalent un besoin dans ce domaine, l'OIT s'attaquera, bien entendu, au problème.

Un document cadre valable au niveau international fait effectivement défaut, comme il est ressorti d'autres contributions à la discussion. La première démarche devra consister à établir une compréhension commune de la notion de RSE, pour laquelle il n'existe pas encore de définition généralement reconnue. Le cadre fixé ne doit cependant pas être trop étroit : il doit autoriser la diversité et respecter les différences culturelles et spécificités nationales. Un document devra être enfin suffisamment concret pour permettre la comparaison des prestations sociales des entreprises, sans toutefois entraver leur compétitivité.

Ulrich Bamberg, Eckhard Metzke

„Arbeitsschutz und Normung: Zusammenarbeit in einem erweiterten Europa“

Bei der KAN-Sonderveranstaltung¹ auf der A+A 2003 unter Leitung von Marina Schröder (stv. KAN-Vorsitzende) wurde deutlich, welche Herausforderungen die Süd-Ost-Erweiterung Europas für bestehende und neue Mitgliedsländer mit sich bringt. Um die Interessen des Arbeitsschutzes wirkungsvoll in das gemeinschaftliche Regelwerk einbringen zu können, müssen nationale Einzelpositionen in einem europäischen Diskussionsprozess zu einem von möglichst vielen Parteien getragenen Konsens verdichtet werden.

Die Sicht der Beitrittskandidaten

Welche Anstrengungen der Beitrittskandidaten ein erweitertes Europa verlangt, wurde durch die Beiträge von Prof. Danuta Koradecka, Direktorin des CIOP², Polen, und Alina Tomashevich von der staatlichen Arbeitsaufsichtsbehörde, Litauen, verdeutlicht.

Frau Koradecka hob hervor, dass die Qualität der akkreditierten Prüf- und Zertifizierungsstellen in Polen dem Niveau in der EU entspricht. Gleichwohl sei es wünschenswert, die Unterstützung, die von der EU in der Bewerbungsphase zugestanden wurde, zunächst auch in der Beitrittsphase zu erhalten. Dies betreffe insbesondere solche Aktivitäten, die eine aktive Beteiligung der Arbeitsschutzvertreter am europäischen Normungsprozess unterstützen.

Ein von Frau Tomashevich aufgezeigtes Problem besteht in der noch nicht zufrieden stellend ausgeprägten Sozialpartnerschaft in Litauen: Arbeitgeber und Arbeitnehmer verfügten zum Teil noch nicht über einen ausreichend hohen Organisationsgrad und die Koordinierungsfähigkeit, um die für den Arbeitsschutz wesentliche Abstimmung herbeizuführen. Beide Parteien stünden daher vor erheblichen Problemen, wenn es darum gehe, ihre Positionen nach Europa zu transportieren oder europäisches Gedankengut in eigenen Lager zu vermitteln.

Erkenntnisse aus der Praxis in der „bisherigen“ EU

Jan Dannenbring (ZDH)³, Stefano Boy (TUTB, Brüssel)⁴, Marie-Chantal Blandin, Direktorin von EUROGIP⁵, Frankreich, und Uwe Vorberg (Ministerium für Umwelt und Verkehr, Baden-Württemberg), stellten Formen der Zusammenarbeit vor.

Herr Dannenbring erläuterte, dass UEAPME, die europäische Spitzenorganisation des Handwerks und der kleinen und mittleren Unternehmen, 1996 mit Unterstützung der EU-Kommission NORMAPME⁶ als eigenständiges Büro der KMU für Normungsfragen eingerichtet hat. Seine zentrale Aufgabe bestehe darin, kleine und

mittlere Unternehmen über Entwicklungen in der europäischen Normung zu informieren und ihre Interessen im europäischen Normsetzungsprozess zu vertreten.

Aus Sicht der Arbeitnehmer beschrieb Herr Boy die wachsenden Herausforderungen für die Interessenvertreter des Arbeitsschutzes aufgrund der zunehmenden Internationalisierung der Normung. Eine Abstimmung gemeinsamer Positionen im Vorfeld und ihre Durchsetzung auf internationaler Ebene gestalteten sich immer schwieriger. Ebenfalls unterschätzt werde der für die kontinuierliche Überarbeitung des Normenwerks notwendige Aufwand. Dies berge die Gefahr, dass das Schutzniveau in Normen nicht immer auf den neuesten Stand gebracht werden könne. Außerdem fehlten die Ressourcen, um neue Arbeitnehmervertreter aus den Beitrittskandidaten möglichst zügig in die europäischen Koordinierungsbemühungen einzubeziehen.

Frau Blandin verwies auf die Rolle, die der europaweiten Koordinierung der Prüf- und Zertifizierungsstellen zukommt. Sie erläuterte die Anwendungsempfehlungen für notifizierte Stellen (recommendations for use), mit deren Hilfe eine in allen Staaten der EU vergleichbare Prüf- und Zertifizierungspraxis angestrebt werde. Ein kontinuierlicher Austausch von Wissen und Erfahrung innerhalb der EU sei für die Umsetzung des Neuen Ansatzes unabdingbar.

Herr Vorberg hob die Vorteile des internetgestützten Informations- und Kommunikationssystems für die europaweite Marktüberwachung (ICSMS) hervor. Es gestatte den Marktüberwachungsbehörden in Europa eine gegenseitige Information über ihre Aktivitäten und Maßnahmen, erleichtere die Kommunikation mit der Öffentlichkeit und die Zusammenarbeit mit den Zollbehörden. Derzeit angeschlossen seien Behörden aus Belgien, Deutschland, Luxemburg, Österreich, Schweden und Estland.

Ein zukünftiges Kooperationsmodell

Rita Schlüter (KAN-Geschäftsstelle) stellte das Netzwerk EUROSHNET (EUROpean Occupational Safety and Health NETWORK) vor. Ziel des Netzwerkes sei es, die Kontaktaufnahme mit anderen Arbeitsschutzexperten im Bereich „Normung, Prüfung und Zertifizierung“ zu erleichtern und die Diskussion gemeinsam interessierender Fragen zu fördern. EUROSHNET biete insbesondere vor dem Hintergrund knapper werdender Ressourcen die Möglichkeit, sich in einem wachsenden Europa effizient zu koordinieren.

Rita Schlüter



Erweiterung der EU: Eine Herausforderung auch für den Arbeitsschutz



Rita Schlüter
Tel. +49 2241-231-3475
schlueter@kan.de

¹ Vortragstexte unter:
www.kan.de
(Publikationen/KAN-Veranstaltungen)

² Polnisches Zentralinstitut für Arbeitsschutz

³ Zentralverband des Deutschen Handwerks

⁴ Europäisches Technikbüro der Gewerkschaften für Gesundheit und Sicherheit

⁵ Franz. Institution, die sich mit europäischen Aspekten des Arbeitsschutzes befasst

⁶ www.normapme.com



EU enlargement: a challenge not least for occupational health and safety

“OH&S and standardization: co-operation in an expanded Europe”

The KAN Special Event¹ held at A+A 2003 and chaired by Marina Schröder (KAN Vice-Chair) revealed clearly the challenges facing new and existing Member States by EU enlargement to the south and east. In order for the interests of occupational health and safety to be represented effectively in the EU body of regulations, the individual positions in the respective countries must be consolidated within a European discussion process to form a consensus which can be carried by the greatest possible number of parties.

The perspective of the candidate countries

The efforts required of the candidate countries by an enlarged Europe were demonstrated by the papers from Prof. Danuta Koradecka, Director of CIOP², Poland, and Alina Tomashevich from the Lithuanian state OH&S supervisory authority.

Ms Koradecka emphasized that the quality of the accredited testing and certification bodies in Poland is on a par with that in the EU. At the same time, it would be desirable for the support granted by the EU in the application phase to be maintained through the accession phase. This applied in particular to activities which support active participation by the OH&S representatives in the European standardization process.

One problem pointed out by Ms Tomashevich lies in the co-operation between employers' and employees' representatives, the scale of which is still unsatisfactory in Lithuania. Employers and employees continue to be inadequately organized, and lack the ability to co-ordinate their activities in order to be able to reach a consensus, which is so important for occupational health and safety. In Ms Tomashevich's view, both sides face considerable difficulties in transferring their positions to a European level or in communicating European concepts to their own members.

Practical experience in “today's” EU

Jan Dannenbring (ZDH)³, Stefano Boy (TUTB, Brussels)⁴, Marie-Chantal Blandin, Director of EUROGIP⁵, France, and Uwe Vorberg (Ministry of the Environment and Transport, Baden-Württemberg) presented forms of co-operation.

Mr Dannenbring described how UEAPME, the European umbrella organization for the skilled trades sector and for small and medium-sized enterprises, had in 1996 and with the support of the European Commission set up NORMAPME⁶, an independent office of the SMEs dedicated to issues of standardization. Its chief task, explained

Dannenbring, was to inform small and medium-sized enterprises on developments in European standardization and to represent their interests in the European standardization process.

From the employees' perspective, Mr Boy described the growing challenges to the OH&S stakeholders arising from progressive internationalization of standardization. The process of reaching common positions in advance and carrying them through at international level was proving increasingly difficult. Equally underestimated was the effort required for continual revision of the body of standards. In Boy's view, this jeopardized the objective of bringing the level of protection enshrined in standards into line with the state of the art in certain cases. Resources were also scarce for integrating new employees' representatives from the candidate countries as rapidly as possible into the efforts of European co-ordination.

Ms Blandin drew attention to the role played by Europe-wide co-ordination of notified bodies. She explained the recommendations for use for notified bodies, with the aid of which comparable testing and certification practices in all EU countries were to be made an objective. A continual exchange of expertise and experience within the EU was, in her view, absolutely essential for implementation of the New Approach.

Mr Vorberg emphasized the benefits of ICSMS, the Internet-based information and communication system for Europe-wide market surveillance. ICSMS, he explained, enabled market surveillance authorities in Europe to inform each other of their activities and methods, and simplified communication with the public and co-operation with customs authorities. At the present time, authorities in Belgium, Germany, Luxembourg, Austria, Sweden and Estonia participate in ICSMS.

A future model of co-operation

Rita Schlüter (KAN Secretariat) presented EUROSHNET (EUROPEAN Occupational Safety and Health NETWORK). The objective of this network, she explained, was to facilitate the forging of contacts with other OH&S experts in the area of “standardization, testing and certification” and to promote discussion of issues of mutual interest. With resources becoming increasingly tighter, in particular, EUROSHNET represented a means for efficient coordination in an expanding Europe.

Rita Schlüter

¹ Text of the papers: www.kan.de (Publications)

² Polish Central Institute for Labour Protection

³ German Confederation of Small Businesses and Skilled Crafts

⁴ European Trade Union Technical Bureau for Health and Safety

⁵ French institution concerned with European aspects of occupational health and safety

⁶ www.normapme.com

« Prévention et normalisation : la coopération dans une Europe élargie »

La conférence spéciale organisée par la KAN dans le cadre de l'A+A 2003, et dirigée par Marina Schröder (Vice-Présidente de la KAN), a mis en évidence les défis qu'entraîne – tant pour les États membres actuels que pour les nouveaux – l'élargissement de l'Europe aux pays du Sud et de l'Est. Afin d'intégrer efficacement les enjeux de la prévention dans les réglementations communautaires, les positions nationales individuelles doivent être regroupées dans le cadre d'un processus de discussion mené au niveau européen, afin de déboucher sur un consensus auquel se rallieront le plus de parties possible.

Le point de vue des pays candidats

Pour les pays candidats, l'élargissement de l'Europe ne manquera pas d'entraîner un certain nombre d'efforts, comme l'ont mis en évidence les exposés du Pr Danuta Koradecka, directrice du CIOP² de Pologne, et d'Alina Tomashevich, du bureau national de l'Inspection du Travail de Lituanie.

Comme l'a souligné Danuta Koradecka, le niveau de qualité des organismes accrédités d'essai et de certification en Pologne équivaut à celui des pays de l'UE. Il n'en reste pas moins souhaitable de maintenir pour l'instant, également durant la phase d'adhésion, le soutien accordé par l'UE durant la phase de candidature. Ceci concerne notamment les activités propres à encourager une participation active des préventeurs dans le processus de normalisation européen.

Un problème mis en évidence par Alina Tomashevich réside dans le système encore peu satisfaisant de partenariat social en Lituanie : employeurs et employés ne disposent pas actuellement d'un niveau d'organisation suffisamment élevé, ni de la capacité nécessaire pour initier la coordination tellement déterminante pour la sécurité et la santé au travail. C'est pourquoi ces deux parties sont aujourd'hui confrontées à des problèmes considérables quand il s'agit de véhiculer leur position en direction de l'Europe, ou bien de faire passer dans leur propre camp le message de la démarche européenne.

La pratique dans l'« actuelle » UE

Jan Dannenbring (ZDH)³, Stefano Boy (BTS, Bruxelles)⁴, Marie-Chantal Blandin, Directrice d'EUROGIP⁵ (France), et Uwe Vorberg (Ministère de l'Environnement et des Transports du Bade-Wurtemberg) ont donné des exemples de formes de coopération. Jan Dannenbring a rappelé que, en 1996, l'UEAPME – principale organisation européenne de l'artisanat et des PME – avait mis en place, avec l'aide de la Com-

mission européenne, une structure autonome baptisée NORMAPME⁶, chargée des questions relatives à la normalisation dans les PME. La mission de cette structure consiste à informer les PME sur les développements dans le domaine de la normalisation européenne, et à défendre leurs intérêts dans le processus européen de normalisation.

Parlant du point de vue des salariés, Stefano Boy a décrit les défis accrus auxquels doivent faire face les préventeurs du fait de l'internationalisation croissante de la normalisation : il devient de plus en plus difficile de se mettre d'accord en amont sur une position commune, et d'imposer celle-ci au niveau international. Le travail nécessaire pour une révision permanente de la collection normative est également sous-estimé, le danger étant alors que le niveau de protection dans les normes ne puisse pas toujours être actualisé. Il a en outre déploré l'absence de ressources qui permettraient d'intégrer dès que possible les nouveaux représentants des salariés des pays candidats dans les efforts européens de coordination.

Insistant sur le rôle qui revient, au niveau européen, à la coordination des organismes d'essai et de certification, Mme Blandin a évoqué les « recommandations for use », qui visent à aider à mettre en place une pratique d'essai et de certification qui soit comparable dans tous les États de l'UE. Elle a ajouté qu'un échange constant de savoir et d'expérience au sein de l'UE était absolument indispensable pour la mise en application de la Nouvelle Approche.

Uwe Vorberg a, pour sa part, souligné les avantages du système d'information et de communication sur Internet (ICSMS) pour la surveillance du marché à l'échelle européenne. Cet outil permet aux autorités chargées de la surveillance du marché des différents pays de l'UE d'échanger des informations sur leurs activités et mesures mises en place. Il facilite en outre la communication avec le public, et la coopération avec les services douaniers. Six pays sont actuellement rattachés au système : l'Allemagne, l'Autriche, la Belgique, l'Estonie, le Luxembourg et la Suède.

Un modèle de coopération pour l'avenir

Rita Schlüter (Secrétariat de la KAN) a présenté le réseau EUROSHNET (EUROpean Occupational Safety and Health NETWORK). L'objectif de ce réseau est de faciliter la prise de contact avec d'autres préventeurs dans le domaine « normalisation, essais et certification », et d'encourager la discussion sur les thèmes susceptibles de susciter un intérêt commun. À une époque où les ressources diminuent de plus en plus, EUROSHNET permet de pratiquer une coordination efficace, dans une Europe en expansion.

Rita Schlüter

L'élargissement de l'UE : un défi, également pour les préventeurs

¹ On trouvera les exposés sur le site : www.kan.de (Publications)

² Institut central polonais pour la prévention au travail

³ Fédération centrale de l'artisanat allemand

⁴ Bureau technique syndical européen pour la santé et la sécurité

⁵ Institution française dont la mission porte sur différents aspects des risques professionnels en Europe

⁶ www.normapme.com

Manipulationen von Schutzeinrichtungen – Handlungsbedarf für die Normung?

Arbeitsschutzexperten stellen bei Betriebsbesichtigungen immer wieder fest, dass Positionsschalter an Schutztüren überbrückt und die Maschinen damit nicht in einem bestimmungsgemäßen Zustand betrieben werden. Derartige Manipulationen haben wiederholt zu schweren und leider auch tödlichen Unfällen geführt. In der Regel fällt die Verantwortung demjenigen zu, der die Manipulation durchgeführt hat. Dies ist allerdings nach Meinung vieler Arbeitsschutzexperten zu kurz gegriffen.

Im Normalbetrieb schaltet eine Maschine gefährliche Bereiche ab, wenn eine Schutztür mit Stellungsüberwachung geöffnet wird. Ist diese überbrückt, kann die Tür geöffnet werden, ohne dass dies von der Steuerung wahrgenommen wird. Natürlich liegt eine verbotene Handlung des Nutzers vor, wenn Schutzeinrichtungen wirkungslos gemacht werden. Dennoch sollten die Verantwortlichen im Betrieb und die Hersteller verstärkt der tiefer liegenden Frage nachgehen, warum überhaupt manipuliert wurde.

Die Gründe für die Manipulation können möglicherweise in der Konstruktion der Maschine selbst liegen. Hierfür kommen in Frage eine schlechte Sicht auf den Bearbeitungsprozess, die Produktion immer wieder unterbrechende Störungen und zu lange Verzögerungen, bis die Anlage wieder betriebsbereit ist. Unter Umständen fehlen auch Betriebsarten, die für die notwendigen Arbeiten an der Maschine erforderlich wären. Teilweise kommen noch weitere Faktoren hinzu: Schalter sind auch an besonders kritischen Stellen frei zugänglich und leicht demontierbar. Außerdem kommt es vor, dass Beschäftigte nur unzureichend über Risiken informiert sind und Manipulationen im Betrieb toleriert werden. Das leichtfertige Benutzen von selbstgefertigten oder im Handel erworbenen Ersatzbetätigern zur Überbrückung ist ebenfalls zu einem verbreiteten Fehlverhalten geworden.

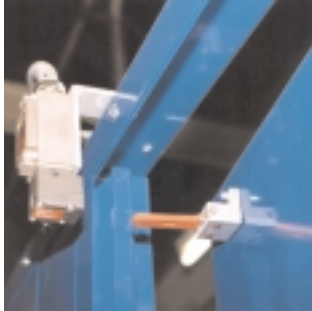
Vor diesem Hintergrund hat die Maschinenbau- und Metall-Berufsgenossenschaft die KAN, eine Meinungsbündelung zu dieser Problematik vorzunehmen und Lösungen in die Normung einzubringen. Eine von der KAN einberufene Arbeitsgruppe hat Empfehlungen für die Normungsarbeit und die Arbeitsschutzforschung erarbeitet. Den wichtigsten Schritt zur Vermeidung von Manipulationen sieht sie in benutzergerechten und ergonomischen Bedien- und Schutzkonzepten bereits bei der Konstruktion, die beim späteren Betrieb keine Anreize für die Manipulation bieten dürfen. Hier können Arbeitsschutzeinrichtungen in Zusammenarbeit mit Her-

stellern und Betreibern einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung ausgewogener Konzepte leisten.

In einem zweiten Schritt müssen Manipulationen durch wirksame technische Lösungen erschwert werden. Deshalb hat die Arbeitsgruppe eine Anpassung der Norm ISO 14119/EN 1088 „Verriegelungseinrichtungen“ empfohlen. Diese übergreifende B-Norm soll verschiedene Lösungen – u.a. hinsichtlich der Anbringung der Schalter – anbieten, die eine Auswahlmöglichkeit für die maschinenspezifischen Normen schaffen. Damit ließe sich auf die jeweilige Maschine und Situation bezogen ein angemessenes Schutzniveau festlegen. Die technischen Lösungen sind zwar in Abschnitt 5.7 „Gestaltung zur Verringerung von Umgehungsmöglichkeiten“ der bisherigen Fassung größtenteils enthalten (z.B. verdeckter Einbau der Schalter), sollten jedoch zur leichteren Verweisbarkeit besser strukturiert werden. Denn bisher enthalten viele C-Normen einen meist zu allgemeinen Verweis auf ISO 14119/EN 1088. Inzwischen hat sich das zuständige ISO/TC 199 „Sicherheit von Maschinen“ in seiner Plenarsitzung Anfang Oktober 2003 dem deutschen Antrag angeschlossen, auf Basis der von der KAN-Arbeitsgruppe ausgearbeiteten Vorschläge eine Änderung der Norm in Abschnitt 5.7 zu erarbeiten.

Ohne die Mitverantwortung der Betreiber zu schmälern, ist entscheidend, dass die in den übergeordneten Normen enthaltenen Leitlinien, auf welche Art und Weise Manipulationen zu vermeiden und zu erschweren sind, von Konstrukteuren auch berücksichtigt werden. Dazu gehört, dass sie neben der bestimmungsgemäßen Verwendung auch die „vernünftigerweise vorhersehbare Fehlanwendung“ in ihre Risikobeurteilung einbeziehen¹. Auch müssen alle von einem Betreiber durchzuführenden Arbeiten an der Maschine unter Wahrung eines angemessenen Schutzniveaus möglich sein. Für die Normung bedeutet dies, dass es erforderlich ist, die bestehenden C-Normen hinsichtlich ihrer Schutz- und Bedienungskonzepte sowie ihrer technischen Maßnahmen zur Verhinderung von Manipulationen praxisgerecht zu überprüfen und nötigenfalls zu verbessern.

Werner Sterk, Vortrag A+A-Kongress 2003: „Sichere Maschinen“



Manipulationen:
das Übel an der
Wurzel packen

¹ siehe KANBRIEF 2/01, S. 11

Bypassing of protective devices – a need for action by standardization bodies?

During plant visits, occupational health and safety experts frequently observe position switches on safety doors which have been bypassed, resulting in machinery being operated in an improper condition. Bypassing of this kind has repeatedly led to serious accidents, some of which sadly have been fatal. Generally, the party which bypassed the function is considered responsible. In the view of many OH&S experts, however, this definition of responsibility does not go far enough.

Normally, a machine deactivates hazardous areas when a safety door the position of which is monitored is opened. Should the position monitoring facility be bypassed, the door can be opened without the fact being registered by the control system. It is of course prohibited for protective devices to be rendered inoperative. The responsible parties in the plants and the manufacturers should nevertheless give greater consideration to the underlying reasons why protective devices are bypassed in the first place.

The reasons for bypassing may lie in the design of the machine itself. Possible reasons include a poor view of the process, malfunctions leading to repeated interruption of production, and excessive delays before operation can be resumed. In some cases, operating modes are not provided which are necessary for the completion of certain work required on the machine. Other factors may also be at work: switches may be freely accessible and easily removed, even at critical points. In addition, employees may not have been adequately informed of possible risks, and bypassing may be tolerated in the plant. Reckless use of substitute actuators for bypassing, whether fabricated by those concerned or obtained commercially, has also become a widespread – but incorrect – practice.

In the light of this situation, KAN was asked by the institution for statutory accident insurance and prevention in the mechanical engineering and metalworking industry to gather and summarize opinion on the issue and to propose solutions within standards projects. A working group convened by KAN has drawn up recommendations for standardization activity and OH&S research. KAN considers the most important step towards the avoidance of bypassing to be the application of user-oriented and ergonomic concepts for equipment operation and protection, beginning at the design stage; such concepts should leave no incentive for bypassing in later operation. OH&S institutions have a valuable role to play in the drawing

up of balanced concepts in conjunction with manufacturers and operators.

Following this stage, technical solutions must be found by which bypassing can be made more difficult. The working group has therefore recommended that standard ISO 14119/EN 1088, “interlocking devices associated with guards”, be adapted. This generic, type B standard is intended to offer a range of solutions, including for location of the switches, which can be selected for the machinery-specific standards. This would enable an appropriate level of protection to be laid down in consideration of the machine and situation concerned. The technical solutions are largely contained in Section 5.7 of the existing version of the standard, concerning arrangements for the reduction of scope for bypassing (such as shrouded installation of the switches); the structure should however be improved to facilitate referencing, as the reference to ISO 14119/EN 1088 contained in many type C standards in the past is too general. In its plenary session held at the beginning of October 2003, the responsible ISO/TC 199, “Safety of machinery”, accepted the German petition for an amendment to Section 5.7 of the standard, to be drafted on the basis of the proposals drawn up by KAN.

Although the responsibility shared by operators should not be diminished, it is crucial that the guidelines contained in the generic standards describing the means by which bypassing is to be avoided and made more difficult are also observed by designers. One aspect of this is that the latter must include “reasonably foreseeable misuse” in their risk assessment in addition to “intended use”¹. All work to be performed on the machine by an operator must also be possible with the observance of an appropriate safety level. With regard to standardization, this means that the existing type C standards must be reviewed and if necessary improved in consideration of practical application with regard to their concepts for protection and operation and the technical measures contained within them for the prevention of bypassing.

Werner Sterk, paper delivered at the A+A Congress 2003: “Safe machinery”

Bypassing safety devices: getting to the root of the evil



Werner Sterk
Tel. +49 2241-231-3460
sterk@kan.de

¹ See KANBRIEF 2/01, p.12

Les manipulations sur les dispositifs de protection – est-ce bien l'affaire du normalisateur ?

Lors de visites de contrôle dans les entreprises, les préventeurs constatent très souvent que les interrupteurs de position placés sur les portes de protection sont court-circuités, la machine n'étant alors plus utilisée dans l'état pour lequel elle était prévue. De telles manipulations ont fréquemment provoqué des accidents graves, voire mortels. En règle générale, la responsabilité en est imputée à l'auteur de la manipulation. De nombreux préventeurs sont toutefois d'avis que c'est trop restreindre le cercle des responsables.

Quand elle fonctionne normalement, une machine stoppe les fonctions dangereuses dès qu'une porte de protection dotée d'un capteur de position est ouverte. Si ce dispositif est contourné par un pontage des contacts, la porte peut être ouverte sans que cette manipulation soit détectée par la commande de la machine. Il va sans dire que, en neutralisant ainsi un dispositif de sécurité, l'utilisateur effectue une manipulation interdite. Les responsables de l'entreprise et les constructeurs devraient toutefois se demander ce qui a incité l'opérateur à effectuer la manipulation.

Les motifs de la manipulation peuvent par exemple être liés à la conception même de la machine : mauvaise visibilité du process, défaillances répétées qui interrompent la production, délais trop longs avant de pouvoir remettre la machine en marche, etc... Certaines fonctions, qui seraient nécessaires lors d'une intervention sur la machine, peuvent éventuellement faire défaut. D'autres facteurs peuvent favoriser les manipulations : même situés à des endroits critiques, les interrupteurs sont facilement accessibles et démontables. Il arrive en outre que le personnel ne soit pas suffisamment informé des risques, et que les manipulations soient une pratique couramment tolérée dans l'atelier. L'utilisation irréfléchie d'actionneurs de remplacement destinés à court-circuiter la fonction – qu'ils soient fabriqués sur place ou achetés dans le commerce – est également devenue pratique courante.

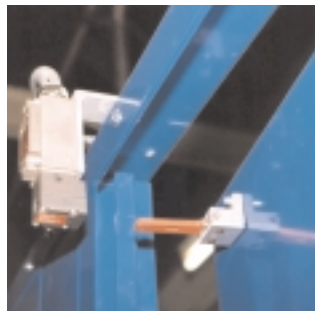
C'est dans ce contexte que L'Organisme d'assurance et de prévention des risques professionnels dans la construction mécanique et la métallurgie a demandé à la KAN de regrouper les avis concernant ce problème, et de soumettre des solutions à la normalisation. Un groupe de travail mis en place par la KAN a élaboré des propositions pour la normalisation et la recherche relative à la prévention. Selon ses conclusions, la principale mesure propre à éviter toute manipulation consisterait à prévoir – et ce

dès la conception de la machine – des systèmes de commande et de protection ergonomiques et adaptés aux besoins de l'utilisateur, afin que celui-ci ne soit pas incité plus tard, en utilisant la machine, à procéder à des manipulations. Les organismes de prévention, en collaboration avec les constructeurs et les utilisateurs, pourraient, dans ce domaine, apporter une contribution précieuse au développement de concepts bien pensés.

En un deuxième temps, il faudrait prendre les mesures techniques propres à rendre toute manipulation plus difficile. Le groupe de travail a donc préconisé un ajustement de la norme ISO 14119/EN 1088 « Dispositifs de verrouillage ». Il faudrait que cette norme générique de type B propose différentes solutions, notamment à propos de l'installation de l'interrupteur, offrant un choix pour les normes relatives à des types de machines spécifiques. Ceci permettrait de définir un niveau de protection adéquat, en fonction de la machine et de la situation en question. Bien que les solutions techniques figurent pour la plupart au chapitre 5.7 sur la conception visant à réduire les possibilités de contournement (par exemple l'installation de l'interrupteur à un endroit couvert), il faudrait qu'elles soient mieux structurées, afin de pouvoir y faire référence plus facilement, de nombreuses normes de type C ne renvoyant le plus souvent que de manière très générale à la norme ISO 14119/EN 1088. Lors de sa réunion plénière, début octobre 2003, l'ISO/TC 199 « Sécurité des machines », compétent pour ce domaine, s'est rallié à la demande allemande de modifier la norme au chapitre 5.7, sur la base des propositions élaborées par le groupe de travail de la KAN.

Sans vouloir minimiser la part de responsabilité des utilisateurs, il est essentiel que les spécifications fournies dans les normes génériques, visant à empêcher les manipulations et à les rendre plus difficiles, soient respectées par les concepteurs des machines. Ceci implique qu'ils tiennent compte, dans leur appréciation du risque, non seulement de l'emploi pour l'usage prévu, mais aussi des « mauvais usages raisonnablement prévisibles »¹. De même, toutes les interventions à effectuer par l'opérateur sur une machine doivent être possibles en maintenant un niveau de protection adéquat. Pour la normalisation, cela signifie que, à la lumière de la pratique, il faut examiner – et, si nécessaire améliorer – les actuelles normes de type C, du point de vue de leurs concepts de protection et d'opération, et des moyens techniques visant à empêcher les manipulations.

Werner Sterk, exposé lors du Congrès A+A 2003 : « Des machines sûres »



Les manipulations : prendre le mal à la racine

¹ cf. KANBRIEF 2/01, p. 13

Interview mit Evangelos Vardakas

Evangelos Vardakas ist seit 1991 Direktor in der Generaldirektion „Unternehmen“ der EU-Kommission. In seinen Verantwortungsbereich fallen die Themen Normung, Konformitätsbewertung und Neuer Ansatz. Herr Vardakas wird Ende 2003 aus dem Kommissionsdienst ausscheiden.

Herr Vardakas, die Ratsentschließung zur Überprüfung des Neuen Ansatzes¹ wurde am 10. November 2003 angenommen. Welche Schritte wird die Kommission als nächstes einleiten?

Der Europäische Rat hat in seiner Entscheidung die Ziele unserer Mitteilung zum Neuen Ansatz vom 7. Mai 2003² voll bestätigt und einen umfassenden Auftrag erteilt, der unsere Empfehlungen widerspiegelt. Er hat auf die Notwendigkeit eines klareren Rahmens für Konformitätsbewertung, Akkreditierung und Marktüberwachung in der EU hingewiesen und anerkannt, dass geeignete Initiativen zur Verbesserung der Effizienz, Transparenz und behördlichen Zusammenarbeit der europäischen Mitgliedstaaten in diesen Bereichen erforderlich sind. Die Kommission will Ende 2004 hierzu einen Gesetzesentwurf vorlegen. Dies erfordert umfangreiche Detailarbeiten und intensive Beratungen mit allen interessierten Kreisen. Ich bin überzeugt, dass ein solcher Text eine einheitlichere Anwendung der Konformitätsbewertungsverfahren erleichtern wird, insbesondere im Hinblick auf Produkte, für die mehrere Richtlinien gelten. Auch bei der Akkreditierung und der Marktüberwachung wird man ohne Zweifel Verbesserungen erreichen.

Die Akkreditierung spielt für das Vertrauen in die Arbeit von Konformitätsbewertungsstellen eine entscheidende Rolle. Was ist Ihrer Meinung nach eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung der Akkreditierung im Rahmen des Neuen Ansatzes?

Es ist ganz wichtig, dass alle notifizierten Stellen ihre Aufgaben in einem fairen Wettbewerb und auf gleichem Niveau erfüllen. Um dies zu erreichen, müssen wir nicht nur die Anforderungen an die notifizierten Stellen selbst, sondern auch die Anforderungen an Institutionen, die an der Benennung, Bewertung und Überwachung notifizierter Stellen beteiligt sind, fest schreiben. Ich stimme voll mit der Ratsentschließung überein, dass Transparenz und der Austausch von bewährten Praktiken und Informationen zwischen den beteiligten Parteien unbedingt erforderlich sind, um eine stärkere Vereinheitlichung zu erreichen. Wir müssen verstehen, dass sich der Markt auf ganz Europa (oder noch weiter) erstreckt und nicht nur auf unsere unmittelbare Nachbarschaft.

Wie sehen Sie die weitere Entwicklung des Neuen Ansatzes?

Die wichtigste Errungenschaft in den letzten Jahren war die Übernahme der Prinzipien des Neuen Ansatzes durch die Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen in ihrem „internationalen Modell für technische Harmonisierung“³. Viele WTO-Mitglieder und -Beitrittskandidaten bereiten sich auf die Einhaltung der Prinzipien dieses Modells vor.

Auch innerhalb der Europäischen Union gab es Entwicklungen. So wurden Grundsätze des Neuen Ansatzes im Bereich des Flugverkehrs und der umweltfreundlichen Konstruktion von energieverbrauchenden Geräten übernommen.

Die weitere Entwicklung wird jedoch von der strengen Anwendung folgender Prinzipien abhängen: der Unabhängigkeit der Normung von der Gesetzgebung und der Trennung von Konformitätsbewertung und Marktüberwachung.

Wo sehen Sie die zukünftigen Herausforderungen und Risiken im europäischen Normungssystem?

Das Management des europäischen Normungssystems wird in Zukunft aufgrund der steigenden Zahl nationaler Mitglieder und ihres anhaltend individualistischen Verhaltens schwieriger werden. Auch die Abstimmung zwischen CEN, CENELEC und ETSI wird sicherlich noch weiter verbessert werden müssen. Wenn diese Probleme ungelöst bleiben, kann daraus bei den aktuell und zukünftig betroffenen Kreisen eine mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit in der Normung entstehen. Es müssen vermutlich neue Strukturen geschaffen und neue Kooperationsvereinbarungen geschlossen werden. Meines Erachtens können Lösungen nur dann gefunden werden, wenn die notwendige Effizienz Vorrang erhält vor althergebrachten bürokratischen Interessen oder Gewohnheiten.

Es muss auch über eine Weiterentwicklung des Wiener und Dresdner Abkommens nachgedacht werden, d.h. über die Entwicklung von ISO und IEC und ihre Zusammenarbeit mit regionalen Gruppen auf der ganzen Welt. Ich hatte in den letzten 30 Jahren in verschiedenen Positionen die Gelegenheit, die europäische Normungsphilosophie auf internationaler Ebene zu propagieren und somit das europäische Normungssystem zu stärken. Es ist wichtig, dass alle Parteien verstehen, dass die Stärke dieses Systems nicht der einen oder anderen Institution zu verdanken ist, sondern der Tatsache, dass wir gelernt haben, zusammen zu arbeiten.

Herr Vardakas, wir bedanken uns für das Gespräch und wünschen Ihnen alles Gute für die Zukunft.



Evangelos Vardakas

1984-1991 CEN-Generalsekretär

Seit 1991 Direktor Generaldirektion „Unternehmen“ der EU Kommission

¹ Entschließung zur Mitteilung der Europäischen Kommission „Verbesserte Umsetzung der Richtlinien des neuen Konzepts“

(<http://ue.eu.int/newsroom/newmain.asp?LANG=4>)

² KOM(2003) 240 endg.

³ www.unece.org/trade/tips/docs/wp6_02/wp6-02-07e.pdf

Interview with Evangelos Vardakas

Evangelos Vardakas has been a Director at the "Enterprise" Directorate-General of the EU Commission since 1991. His area of responsibility encompasses standardization, conformity assessment and the New Approach. Mr Vardakas will leave the Commission at the end of 2003

Mr Vardakas, the Council Resolution on the review of the New Approach¹ was adopted on 10 November 2003. What are the next steps that the Commission will undertake?

In its Resolution, the Council of the European Union has fully endorsed the objectives pursued by our Communication of 7 May 2003 on the New Approach² and has given a comprehensive mandate that reflects our recommendations. The Council has indicated the need for a clearer framework for conformity assessment, accreditation and market surveillance in the EU. It recognizes the need for appropriate initiatives aimed at increasing efficiency, transparency and administrative cooperation in these fields among the European member states. By the end of 2004, the Commission intends to come forward with a legislative proposal which will require detailed work and extensive consultation of all interested parties. I am convinced that such a text will facilitate more consistent application of conformity assessment procedures, especially with respect to products covered by more than one Directive. And it will without doubt enhance accreditation and market surveillance as well.

Accreditation is important for confidence in the work of bodies performing conformity assessment. What is – in your view – essential in order to improve accreditation within the framework of the New Approach?

It is fundamental that all notified bodies perform their functions at the same level and under conditions of fair competition. To this end, we need to consolidate the requirements which must be fulfilled not only by the notified bodies, but also those to be complied with by institutions involved in the designation, assessment and monitoring of notified bodies. I fully agree with the Council Resolution that transparency and the exchange of best practices and information between the parties involved are absolutely necessary if we wish to advance to better coherence. We must understand that the market encompasses the whole of Europe (or more) and not only our small neighbourhood.

How do you see the further development of the New Approach?

The major achievement in recent years has been the adoption of the New Approach principles by the United Nations Economic Commission for Europe in its "International Model for Technical Harmonisation"³. Many WTO members and WTO candidate countries are preparing themselves for compliance with this model.

There have also been developments within the European Union. New Approach principles have been adopted by the air traffic sector and in the field of environmentally friendly design of power-consuming equipment.

Further developments will, however, depend upon strict application of the following principles: the independence of standardization from legislation and the separation of conformity assessment aspects from those of market surveillance.

What do you believe are the future challenges and risks in the European standardization system?

In the future, management of the European standardization system will become more difficult due to the increasing number of national members and their continuing individualistic behaviour. Coordination between CEN, CENELEC and ETSI will surely also need to be further improved. If they are not solved, these problems may create an unwillingness of current and new stakeholders to participate in standardization. New structures will probably have to be established and new cooperative arrangements will have to be put in place. In my opinion, solutions can be found only if the need for efficiency takes precedence over established bureaucratic interests or habits.

It is also necessary to give thought to further development of the Vienna and Dresden agreements, i.e. how ISO and IEC should evolve and cooperate with regional groupings worldwide. Over the last 30 years, I have had the opportunity to contribute in various capacities to propagation of the European standardization philosophy on an international level and thus to strengthening the European standardization system. It needs to be understood by all parties that its strength cannot be attributed to one body or another, but to the fact that we have learned to work together.

Mr. Vardakas, we would like to thank you for this interview and wish you all the best for the future.



Evangelos Vardakas

1984-1991 Secretary General of CEN

Since 1991 Director of the "Enterprise" Directorate-General of the EU Commission

¹ Resolution on the Communication of the European Commission "Enhancing the Implementation of the New Approach Directives" (<http://ue.eu.int/newsroom/newmain.asp?LANG=1>)

² COM(2003) 240 final

³ http://www.unece.org/trade/tips/docs/wp6_02/wp6-02-07e.pdf

Interview avec Evangelos Vardakas

Evangelos Vardakas est directeur à la Direction générale Entreprises de la Commission européenne depuis 1991. Son domaine de responsabilité s'étend à la normalisation, l'évaluation de conformité et la Nouvelle approche. Monsieur Vardakas va quitter la Commission à la fin de 2003.

Monsieur Vardakas, la résolution du Conseil sur la révision de la Nouvelle approche¹ a été adoptée le 10 novembre 2003. Quelles vont être maintenant les prochaines démarches de la Commission ?

Dans sa Résolution, le Conseil de l'Union européenne s'est pleinement rallié aux objectifs visés par notre communication du 7 mai 2003 sur la Nouvelle approche², et a confié un mandat de vaste portée, qui va dans le sens de nos recommandations. Le Conseil a souligné la nécessité de mettre en place, au sein de l'UE, un cadre plus clair en matière d'évaluation de conformité, d'accréditation et de surveillance du marché. Il reconnaît le besoin de prendre des initiatives adéquates visant à accroître, dans ces domaines, l'efficacité, la transparence et la coopération administrative entre les États membres. D'ici la fin de 2004, la Commission prévoit de présenter une proposition de loi, qui nécessitera un travail minutieux et une vaste consultation de toutes les parties concernées. Je suis convaincu qu'un tel texte facilitera une application plus cohérente des procédures d'évaluation de conformité, notamment dans le cas des produits couverts par plus d'une directive. Et il permettra indubitablement d'améliorer également l'accréditation et la surveillance du marché.

L'accréditation joue un rôle important pour la confiance accordée aux organismes chargés de l'évaluation de conformité. Quel est, à votre avis, le facteur essentiel pour améliorer l'accréditation dans le cadre de la Nouvelle approche ?

L'une des conditions fondamentales est que tous les organismes remplissent leurs fonctions au même niveau, et dans les conditions d'une concurrence loyale. Il nous faut, à cet effet, consolider non seulement les exigences auxquelles doivent satisfaire les organismes notifiés, mais aussi celles auxquelles doivent se soumettre les institutions chargées de la désignation, de l'évaluation et du contrôle des organismes notifiés. J'adhère pleinement à la Résolution du Conseil, qui dit que la transparence et l'échange de bonnes pratiques et d'informations entre les parties concernées sont absolument indispensables si nous voulons parvenir à une meilleure cohérence. Nous devons comprendre que le marché s'étend à toute l'Europe (voire plus), et pas seulement à notre voisinage immédiat.

Comment, à votre avis, la Nouvelle approche va-t-elle évoluer ?

La réalisation majeure de ces dernières années a été l'adoption des principes de la Nouvelle approche par la Commission économique des Nations Unies pour l'Europe, dans son « Modèle international d'harmonisation technique »³. De nombreux membres de l'OMC – et pays candidats à l'OMC – se préparent actuellement à une mise en conformité avec ce modèle.

Les choses ont également évolué au sein de l'Union européenne. Les principes de la Nouvelle approche ont été adoptés dans le domaine des transports aériens et dans celui d'une conception écologique des équipements consommateurs d'électricité.

Cette évolution dépendra toutefois d'une stricte application de deux grands principes : la normalisation doit être indépendante de la législation, et les aspects concernant l'évaluation de conformité doivent être distincts de ceux de la surveillance du marché.

Quels seront, à vos yeux, les futurs défis et risques dans le système européen de normalisation ?

La gestion du système européen de normalisation est appelée à devenir plus difficile, à cause du nombre croissant d'États membres, et de leur comportement qui reste individualiste. Nul doute qu'il faudra également améliorer davantage la coordination entre le CEN, le CENELEC et l'ETSI. Faute d'être résolu, ces problèmes pourraient provoquer une réticence de la part des cercles concernés – actuels et nouveaux – à participer à la normalisation. De nouvelles structures devront probablement être mises en place, et de nouveaux accords de coopération devront être conclus. À mon avis, des solutions innovantes ne pourront être trouvées que si le besoin d'efficacité prend le pas sur des intérêts et habitudes bureaucratiques solidement établis.

Il faudra également réfléchir à un développement des Accords de Vienne et de Dresde – et donc à la manière dont l'ISO et la CEI devraient évoluer et coopérer avec les groupements régionaux, dans le monde entier. Durant ces trente dernières années, j'ai eu l'occasion de contribuer, à plusieurs titres, à la propagation de la philosophie européenne en matière de normalisation au niveau international, et de consolider ainsi le système européen de normalisation. Chacune des parties concernées doit comprendre que la force de ce système n'est pas à mettre au compte d'un organisme plutôt qu'un autre, mais provient plutôt du fait que nous avons appris à travailler ensemble.

Monsieur Vardakas, nous vous remercions de cet interview, et vous exprimons tous nos meilleurs souhaits pour l'avenir.



Evangelos Vardakas

1984-1991 Secrétaire général du CEN

Depuis 1991 Directeur de la Direction générale « Entreprises » de la Commission européenne

¹ Résolution relative à la communication de la Commission européenne intitulée « Améliorer l'application des directives 'Nouvelle approche' » (<http://ue.eu.int/newsroom/newmain.asp?LANG=2>)

² COM (2003) 240 final

³ www.unece.org/trade/tips/docs/wp6_02/wp6-02-07e.pdf

CENELEC

Dresden
AgreementIEC Commission Electrotechnique Internationale
International Electrotechnical Commission

Gratwanderung
zwischen europä-
ischem Recht und
internationaler
Normung

Internationale Normung aus Sicht des Arbeitsschutzes

Durch globale Märkte gewinnen internationale Normen an Bedeutung. Mit dem Wiener und Dresdner Abkommen haben sich die internationalen und europäischen Normenorganisationen verpflichtet, Doppelarbeit zu vermeiden und zunehmend internationale Normen als Basis für europäische Normen zu verwenden. Dies hat Auswirkungen auf den Arbeitsschutz, da Anforderungen an die sichere Gestaltung von Produkten nun vermehrt in internationalen Normen erarbeitet werden. Dabei gibt es Bestrebungen, auch den betrieblichen Arbeitsschutz mit zu erfassen.

Harmonisierte Normen für Produkte

Mit Einführung der europäischen Binnenmarktrichtlinien wurde ein umfangreiches europäisches Normenwerk erarbeitet. Die Überarbeitung der Normen ist oft mit einer Verlagerung der Normungsarbeit auf die internationale Ebene verbunden. Ziel sind internationale Normen, die unverändert als EN übernommen werden können und somit auch in das nationale Normenwerk eingehen. Internationale Normungsarbeit bedeutet für die europäischen Vertreter oft einen Balanceakt zwischen den europäischen Rechtsanforderungen einerseits und den ggf. davon abweichenden Positionen außer-europäischer Partner andererseits.

Damit eine internationale Norm als harmonisierte europäische Norm übernommen werden und durch die Listung im Amtsblatt der EG Vermutungswirkung entfalten kann, ist es unabdingbar, dass sie die grundlegenden Anforderungen der EG-Richtlinien ausreichend konkretisiert. Sollte sich abzeichnen, dass dies nicht der Fall ist, so haben die europäischen Vertreter die Möglichkeit, eine Norm international zu akzeptieren, europäisch aber zu ändern. Europäische Abweichungen sind aber nur die zweitbeste Lösung, da sie im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen zwingen, nach unterschiedlichen Normen zu fertigen. Besser ist es daher, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit bereits die internationale Fassung den europäischen Rechtsanforderungen entspricht. Fatal wären Fälle, in denen internationale Normen trotz Bedenken der Europäer angenommen würden und, begünstigt durch die Abkommen von Wien und Dresden, in ganz Europa übernommen werden sollten. Formelle Einwände¹ wären die Folge, wenn die Schutzziele der Richtlinien nicht ausreichend konkretisiert werden. Im Konfliktfall sollte daher konsequenterweise die internationale Norm von den Normenorganisationen der europäischen Länder abgelehnt werden.

Normen zum betrieblichen Arbeitsschutz

1993 wurde der „Gemeinsame Deutsche Standpunkt“ (GDS) verabschiedet. Danach sind grundsätzlich von deutscher Seite zu EG-Richtlinien im Bereich des betrieblichen Arbeitsschutzes (Artikel 137 EG-Vertrag) keine europäischen Norm-Projekte zu initiieren, es sei denn, es handelt sich beispielsweise um Normen zur allgemeinen Verständigung (z.B. Definitionen, Zeichen) oder zu Prüf- und Messverfahren. Auf europäischer Ebene wurden die CEN-Resolution BT 22/1997 sowie die Entschließung des Rates vom 28.10.1999 verabschiedet, die inhaltlich diese Position unterstützen. Im Vertrag von Nizza (2001) wird erneut bekräftigt, dass im Bereich der Sozialpolitik jegliche Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten ausgeschlossen ist. Somit bleiben der GDS und die entsprechenden europäischen Entschließungen unverändert gültig.

Andererseits gibt es kleinere Staaten, aber auch global operierende Unternehmen, die daran interessiert sind, Sachverhalte des betrieblichen Arbeitsschutzes, wie den Betrieb von Maschinen und Anlagen, in internationalen Normen zu regeln. Diesem Anliegen kann durch den folgenden Ansatz entsprochen werden:

Wo möglich sollten in internationalen Normen betriebliche Arbeitsschutzanforderungen in Anforderungen an die vom Hersteller zu erstellende Benutzerinformation umformuliert werden. Anderenfalls sollten Produktanforderungen und betriebliche Belange in separaten Normenteilen behandelt werden. Dies würde die Übernahme der produktbezogenen Teile in das europäische Normenwerk erleichtern. Gleichzeitig ist sicher zu stellen, dass die Teile, die betriebliche Belange regeln, nicht in die europäische Abstimmung gelangen.

Der Vorteil wäre, dass es jeder nationalen Normenorganisation freigestellt bliebe, den betriebsbezogenen Teil einer internationalen Norm als nationale Norm zu übernehmen, wenn z.B. keine eigenen Regelungen zu diesem Thema existieren. Ein solcher Normteil würde in Deutschland nicht übernommen werden, könnte aber von den für den betrieblichen Arbeitsschutz verantwortlichen Stellen national angepasst und als Technische Regel zur Ausfüllung der Betriebssicherheitsverordnung herangezogen werden.

Werner Sterk

¹ Durch einen formellen Einwand wird die Konformitätsvermutung einer Norm angefochten

International standardization from the viewpoint of occupational health and safety experts

The globalization of markets enhances the significance of international standards. In the Vienna and Dresden Agreements, the international and European standards organizations have undertaken to avoid duplication of effort and to employ international standards more frequently as a basis for European standards. This development has implications for occupational health and safety, as requirements placed upon the safe design of products are now increasingly being formulated in international standards. Attempts are also being made to include the health and safety of workers at work within this task.

Harmonized standards for products

With the introduction of the European Single Market directives, a comprehensive European body of standards was created. Revision of the standards frequently goes hand in hand with a transfer of standardization activity to the international level. The objective is the creation of international standards which may be adopted unchanged as EN standards and thus in turn incorporated into the national body of standards. For European representatives, international standardization activity frequently entails a balancing-act between the European statutory requirements on the one hand and the position of parties outside Europe, which may differ from the European position, on the other.

In order for an international standard to be adopted as a harmonized European standard and to give rise to a presumption of conformity by publication in the Official Journal of the European Communities, it is essential that it adequately support the basic requirements of European directives. Should this prove not to be the case, the European representatives have the option of accepting the standard internationally but of modifying it for European purposes. Differences between the European and international versions are however an inferior solution, as they force companies in international competition to manufacture their goods in accordance with different standards. It is therefore preferable to make every effort to ensure that the international version of the standard satisfies the requirements of European law. It would be fatal were international standards to be accepted despite concerns on the part of European representatives, and to be adopted on the basis of the Vienna and Dresden Agreements throughout Europe. Formal objections¹ would ensue should the objectives of protection enshrined in the directives not be supported satisfactorily. Where conflict

exists, the international standard should therefore be rejected by the standards organizations of the European countries for reasons of consistency.

Standards governing the health and safety of workers at work

In 1993, the "German Consensus Statement" was adopted, according to which no European standards projects governing the health and safety of workers at work (Article 137 of the EC Treaty) in support of EU directives are to be launched by German bodies, with the exception of terminological standards (for instance concerning definitions or symbols) or those governing test and measurement methods. At European level, CEN Resolution BT 22/1997 and the Council Resolution of 28 October 1999 were adopted, the terms of which support this position. The Treaty of Nice (2001) once more affirmed that any form of harmonization of the statutory provisions of Member States in the area of social policy is to be excluded. The German Consensus Statement and the corresponding European resolutions thus remain in force unchanged.

By contrast, certain smaller countries and also multinational companies are interested in regulating issues concerning the health and safety of workers at work, such as the operation of machinery and equipment, in international standards. This desire can be fulfilled by the following approach:

Where possible, provisions in international standards concerning the health and safety of workers at work should be reformulated as requirements for the user information to be produced by the manufacturer. Alternatively, product requirements and plant issues should be dealt with in separate parts of the standard. This would facilitate adoption of the product-related parts in the European body of standards. At the same time, it must be ensured that the parts governing plant arrangements are not submitted to the European voting process.

The advantage of this solution would be that each national standards organization would be free to adopt the plant-related part of an international standard as a national standard, should it for example lack regulations of its own on the subject. In Germany, such a standard part would not be adopted, but could be adapted at national level by the bodies responsible for the health and safety of workers at work and employed as a technical rule in support of the regulation governing plant safety (BetrSichV).

Werner Sterk



Vienna Agreement



Balancing act between European law and international standardization



Werner Sterk
Tel. +49 2241-231-3460
sterk@kan.de

¹ The presumption of conformity to which a standard gives rise is challenged by a formal objection



Un exercice d'équilibre entre le droit européen et la normalisation internationale

La normalisation internationale : le point de vue des préventeurs

Dans un contexte de mondialisation des marchés, les normes internationales jouent un rôle de plus en plus important. Par les accords de Vienne et de Dresde, les organismes internationaux et européens de normalisation se sont engagés à éviter les doublons, et à recourir davantage aux normes internationales pour l'élaboration de normes européennes. Ceci a une incidence sur la prévention, les exigences relatives à une conception sûre des produits étant désormais intégrées en plus grand nombre dans les normes internationales. Des efforts sont faits, dans ce contexte, pour couvrir également le domaine de la sécurité et de la santé des travailleurs au travail.

Les normes harmonisées de produits

L'introduction des directives Marché Unique a donné lieu à une collection importante de normes européennes. Lors de la révision de normes, le travail de normalisation est souvent transféré au niveau européen, le but étant d'élaborer des normes internationales qui puissent être reprises telles quelles comme normes européennes, et donc intégrées dans la collection normative nationale. Pour les représentants européens, le travail international de normalisation représente souvent un exercice d'équilibre, où ils ont à concilier la législation européenne et les positions parfois divergentes des partenaires non-européens.

Pour qu'une norme internationale puisse être adoptée comme norme européenne harmonisée, et déclencher une présomption de conformité par sa publication dans le Journal officiel de l'UE, il est impératif qu'elle concrétise suffisamment les exigences essentielles des directives CE. S'il apparaît que ce n'est pas le cas, il reste aux représentants européens la possibilité d'accepter une norme au niveau international, mais de la modifier selon les critères européens. Mais la solution de divergences européennes n'est pas idéale, car elle oblige les entreprises soumises à une concurrence internationale à fabriquer leurs produits selon des normes différentes. Il est donc préférable de veiller à ce que la version internationale d'une norme soit, dès le départ, conforme aux réglementations européennes. Un cas de figure fatal serait celui où une norme internationale serait adoptée, en dépit d'objections des Européens, et devrait être alors appliquée dans toute l'Europe, en vertu des accords de Vienne et de Dresde. Ceci ne manquerait pas de provoquer des objections formelles¹ s'il s'avère que les objectifs de protection des directives ne sont pas suffisamment concrétisés. En cas de conflits, il faudrait que les organismes de normalisation des pays euro-

péens n'hésitent pas à rejeter systématiquement la norme internationale.

Les normes relatives à la sécurité et la santé des travailleurs au travail

En vertu de la « Déclaration commune allemande » (GDS), adoptée en 1993, il n'y a pas lieu, côté allemand, d'initier des projets de normes européennes concernant la sécurité et la santé des travailleurs au travail (article 137 du Traité CE), sauf s'il s'agit par exemple de normes visant à une meilleure compréhension (définition, symboles, etc...), ou de méthodes d'essai ou de mesurage. Deux textes européens – à savoir la Résolution du Conseil du 22-10-1997, et la Résolution du Conseil du 28-10-1999 – confortent cette position. Dans le Traité de Nice (2001), il est de nouveau souligné que, en matière de politique sociale, toute harmonisation des législations des États membres est exclue. De ce fait, la GDS et les résolutions européennes correspondantes conservent toute leur validité.

Mais, d'un autre côté, certains petits États, ou encore des entreprises opérant au niveau mondial, peuvent souhaiter voir réglementés, dans des normes internationales, certains aspects relatifs à la sécurité et à la santé des travailleurs au travail, tels que l'utilisation des machines et équipements. La démarche suivante permettrait de répondre à cette attente :

Partout où cela s'avérera possible, les exigences concernant la sécurité et la santé des travailleurs au travail devraient être reformulées dans les normes internationales, et converties en exigences relatives aux informations pour l'utilisation, à rédiger par le constructeur. Si ce n'est pas possible, les exigences relatives aux produits et celles concernant les travailleurs au travail devront être traitées dans des parties distinctes des normes, ce qui permettrait d'intégrer plus facilement les parties « produits » dans la collection normative européenne. On devra veiller en même temps à ce que les parties des normes relatives aux travailleurs au travail ne soient pas soumises au vote européen.

L'avantage de cette approche serait que chaque organisme national de normalisation serait libre d'adopter la partie « travailleurs au travail » d'une norme en tant que norme nationale si, par exemple, il n'existe pas de réglementation nationale sur le sujet. Une telle partie de norme ne serait pas adoptée en Allemagne, mais pourrait être adaptée aux spécificités nationales par les organismes responsables de la sécurité et de la santé des travailleurs au travail. On pourrait alors y recourir comme règle technique pour la concrétisation du Règlement sur la sécurité dans les entreprises (BetrSiv).

Werner Sterk

¹ Une objection formelle a pour effet de contester la présomption de conformité d'une norme

Arbeitsschutz in Spanien

In Spanien ist das Recht der Bürger auf einen wirksamen Schutz vor den mit der Erwerbstätigkeit zusammenhängenden Risiken in Artikel 40.2 der Verfassung niedergelegt. Die unterschiedlichen Abläufe zur Erreichung dieses Ziels sind im Gesetz 31/1995 über den Arbeitsschutz weiter konkretisiert.

Organisation des Arbeitsschutzes

Spanien ist administrativ in eine **Allgemeine Staatsverwaltung** (Administración General del Estado) und siebzehn **Autonome Regionalverwaltungen** gegliedert. Der Gesetzgeber sieht für den Bereich des Arbeitsschutzes im gesamten spanischen Staatsgebiet eine einheitliche Politik vor, die im wesentlichen durch das **Ministerium für Arbeit und Soziales** (Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales) konzipiert und in der Regel von den Autonomen Regionen umgesetzt wird.

Die Koordination der verschiedenen Einrichtungen liegt in den Händen der **Nationalen Arbeitsschutzkommission** (Comisión Nacional de Seguridad y Salud en el Trabajo), die die Verwaltung bei der Konzeption entsprechender Politiken unterstützt. In ihr sind die zuständigen öffentlichen Stellen sowie die wichtigsten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen vertreten.

Die Folgen von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sind, was Beihilfeleistungen anbelangt, über das nationale Sozialversicherungssystem abgedeckt. Zusätzlich können sich die Unternehmen in **Sozialkassen für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten** (Mutuas de Accidentes de Trabajo y Enfermedades Profesionales de la Seguridad Social) zusammenschließen.

Die Überwachung und Kontrolle der Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen einschließlich solcher Aspekte, die auch den betrieblichen Arbeitsschutz betreffen können, kommt der **Arbeitsaufsicht** (Inspección de Trabajo y Seguridad Social) zu.

Das **Nationale Institut für Sicherheit und Hygiene der Arbeit (INSHT)**¹ ist die wissenschaftlich-technische Fachstelle der Allgemeinen Staatsverwaltung zur Untersuchung der Arbeitsschutzbedingungen sowie zur Förderung und Verbesserung des Arbeitsschutzes. Es leitet ebenfalls das Generalsekretariat der Nationalen Arbeitsschutzkommission und leistet diesem bei Bedarf technische und wissenschaftliche Hilfestellung.

Zu den Aufgaben des INSHT gehört auch die technische Beratung bei der Erarbeitung gesetzlicher Vorgaben und bei der nationalen und internationalen Normung. Gegenüber der Europäischen Gemeinschaft tritt es als nationale Anlaufstelle (focal point) auf.

Arbeitsschutz und Normung

Das nationale Normungsinstitut Spaniens ist die **Spanische Vereinigung für Normung und Zertifizierung (AENOR)**². Sie zählt derzeit über 1.000 Mitglieder, die als natürliche oder juristische Personen allen Bereichen der spanischen Wirtschaft entstammen. Die AENOR ist Mitglied bei CEN/CENELEC/ETSI und bei ISO/IEC.

Das Komitee **AEN/CTN 81** ist für die arbeitsschutzbezogene Normung das eigentliche Fachorgan der AENOR. In ihm sind Repräsentanten von Unternehmen und Unternehmensverbänden, der wichtigsten Gewerkschaften und des Staates vertreten. Es verfügt über 27 fachspezifische Arbeitsgruppen. Das technische Sekretariat des Komitees sowie der meisten seiner Arbeitsgruppen wird vom INSHT gehalten, das ebenfalls zahlreiche Experten für die in den Arbeitsgruppen durchzuführenden Aufgaben stellt. Diese Beteiligung erstreckt sich in gleicher Weise auf die CEN- und ISO-Spiegelgremien.

Marktüberwachung

In der Marktüberwachung wirken die Allgemeine Staatsverwaltung und die Autonomen Regionalverwaltungen zusammen. Für Industrieprodukte überwacht das **Ministerium für Wissenschaft und Technologie** (Ministerio de Ciencia y Tecnología) die Produktmuster und Produktprüfungen. Bei unzulässigen Produkten informiert es die Autonomen Regionen und veranlasst ein vorläufiges Verkaufsverbot. Falls notwendig, wird ein Schutzklauselverfahren eingeleitet. Bei unsicheren Produkten sind die entsprechenden Stellen der Autonomen Regionen in ihren Zuständigkeitsbereichen für die Untersagung des Marktzugangs und gegebenenfalls für ein Verbot der Distribution, der Inbetriebnahme oder ihres freien Verkehrs verantwortlich.

Im Falle der Persönlichen Schutzausrüstungen am Arbeitsplatz werden beispielsweise durch das **Nationale Zentrum für Schutzeinrichtungen** (Centro Nacional de Medios de Protección) des INSHT in Sevilla die benötigten Produktmuster erworben und ihre Übereinstimmung mit der Richtlinie 89/686/EWG sowie gegebenenfalls mit den entsprechenden EN-Normen überprüft. Dem Ministerium für Wissenschaft und Technologie werden schließlich die Prüfberichte zur Berücksichtigung und ggf. zur Einleitung weiterer Maßnahmen überlassen.

Antonio Carmona



Antonio Carmona

acarmona@mtas.es
INSHT – Centro Nacional
de Medios de Protección

¹ Instituto Nacional de Seguridad e Higiene en el Trabajo

² Asociación Española de Normalización y Certificación

Occupational health and safety in Spain

In Spain, the right of citizens to effective protection against risks associated with gainful employment is set forth in Article 40.2 of the Constitution. The various mechanisms used to attain this objective are set out in further detail in Law 31/1995 governing occupational health and safety.

The organization of occupational health and safety

Spain is structured administratively into a **General Administration of the State** (Administración General del Estado) and seventeen **Administrations of the Autonomous Regions**. The Spanish legislation makes provision for a uniform OH&S policy throughout Spanish territory which is drawn up substantially by the **Ministry of Labour and Social Affairs** (Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales) and generally implemented by the Administrations of the Autonomous Regions.

Coordination of the various bodies is the task of the **National Commission for Health and Safety at Work** (Comisión Nacional de Seguridad y Salud en el Trabajo), which supports the public administration in the drawing up of appropriate policies. The responsible authorities and the chief employers' and employees' associations are represented on the Commission.

As far as benefit payments are concerned, workers are insured against the consequences of occupational accidents and diseases through the national social security system. Companies may also join together to form **mutual funds for occupational accidents and diseases** (Mutuas de Accidentes de Trabajo y Enfermedades Profesionales de la Seguridad Social).

Observance of the provisions governing occupational health and safety, including aspects which may also affect the health and safety of workers at work, is monitored by the **Labour and Social Security Inspectorate** (Inspección de Trabajo y Seguridad Social).

The **National Institute of Safety and Hygiene at Work (INSHT)**¹ is the scientific and technical body within the General Administration of the State encharged with investigating OH&S conditions and with promoting and improving occupational health and safety. It also heads the Secretariat-General of the National Commission for Health and Safety at Work and provides the latter with technical and scientific assistance when required.

The tasks of the INSHT also include technical consultation in the drafting of legislation and in national and international standardization activity. It acts as a national focal

point in relations with the European Union.

Occupational health and safety and standardization

The national standards institution in Spain is the **Spanish Association of Standardization and Certification (AENOR)**². AENOR currently has over 1,000 members, who are natural and legal persons from all sectors of the Spanish economy. AENOR is a member of CEN/CENELEC/ETSI and ISO/IEC.

The **AEN/CTN 81** committee is the technical body within AENOR actually responsible for standardization in the area of occupational health and safety. Its members include delegates from businesses and industry associations, the main trade unions, and the state. AEN/CTN 81 has over 27 working groups. The Technical Secretariat of the committee and the majority of its working groups are run by INSHT which also appoints a great many experts for the tasks to be performed within the working groups. This function extends in the same way to the CEN and ISO mirror committees.

Market surveillance

Market surveillance is the joint task of the General Administration of the State and the administrations of the Autonomous Regions. In the case of industrial products, the **Ministry of Science and Technology** (Ministerio de Ciencia y Tecnología) monitors product sampling and testing. Where inadmissible products are identified, the Ministry informs the Autonomous Regions and orders a provisional sales ban. If necessary, the safeguard clause is invoked. Where unsafe products are identified, the relevant departments of the Autonomous Regions hold responsibility for preventing their access to the market and where appropriate for imposing a ban upon their distribution, use or free trade.

In the case of personal protective equipment for use at the workplace for example, the requisite product samples are obtained by the INSHT's **National Centre for Protective Equipment** (Centro Nacional de Medios de Protección) in Seville, which tests them for compliance with Directive 89/686/EEC and where appropriate with the relevant EN standards. Finally, the test reports are submitted to the Ministry of Science and Technology for consideration and, where applicable, for the launching of further measures.

Antonio Carmona



Antonio Carmona

acarmona@mtas.es

INSHT – Centro Nacional de Medios de Protección

¹ Instituto Nacional de Seguridad e Higiene en el Trabajo

² Asociación Española de Normalización y Certificación

La prévention en Espagne

En Espagne, le droit des citoyens à être protégés efficacement contre les risques liés à l'activité professionnelle découle de l'article 40.2 de la Constitution. Les différentes mesures propres à atteindre cet objectif sont définies dans la loi 31/1995 sur la prévention des risques professionnels.

L'organisation de la prévention

L'organisation administrative de l'Espagne comprend une **Administration centrale** (Administración General del Estado) et 17 **Communautés autonomes**. Dans le domaine de la sécurité et de la santé au travail, la législation espagnole prévoit une politique uniforme pour l'ensemble du pays, politique définie essentiellement par le Ministère du Travail et des affaires sociales (Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales), et généralement mise en application par les Communautés autonomes.

La coordination des différents organismes a été confiée à la **Commission nationale de la sécurité et de la santé au travail** (Comisión Nacional de Seguridad y Salud en el Trabajo), qui apporte son soutien aux administrations publiques lors de l'élaboration de politiques adéquates. Cette commission se compose de représentants des administrations compétentes, ainsi que des principales organisations patronales et syndicales.

Concernant les suites d'accidents du travail ou de maladies professionnelles, les allocations sont versées par la caisse de sécurité sociale. Les entreprises peuvent en outre adhérer à une **Mutuelle des accidents du travail et maladies professionnelles** (Mutuas de Accidentes de Trabajo y Enfermedades Profesionales de la Seguridad Social).

La surveillance et le contrôle du respect des réglementations en matière de prévention, notamment pour les aspects concernant la sécurité et la santé des travailleurs au travail, relève de la compétence de l'**Inspection du travail** (Inspección de Trabajo y Seguridad Social).

Organisme institutionnel scientifico-technique mis en place par l'Administration centrale, l'**Institut national de sécurité et d'hygiène au travail (INSHT)**¹ a pour vocation d'étudier, de promouvoir et d'améliorer les conditions de sécurité et de santé au travail. C'est lui qui dirige le secrétariat de la Commission nationale de la sécurité et de la santé au travail, et qui fournit toute aide scientifique et technique utile.

L'une des missions de l'INSHT consiste à apporter un conseil technique lors de l'élaboration de réglementations légales et de normes nationales et internationales. Il est considéré comme « point focal » vis-à-vis de la Communauté européenne.

Prévention et normalisation

L'institut espagnol de normalisation est l'**AENOR (Association espagnole de normalisation et de certification)**². Elle compte actuellement plus de 1.000 adhérents – personnes physiques ou morales – appartenant à tous les secteurs de l'économie espagnole. L'AENOR est membre du CEN/CENELEC/ETSI et de l'ISO/IEC.

Le Comité **AEN/CTN 81** est l'organe de l'AENOR spécifiquement concerné par la normalisation relative à la sécurité et à la santé au travail. Il se compose de représentants d'entreprises et de fédérations professionnelles, des principaux syndicats, et de l'État. Il compte 27 groupes de travail spécialisés. Les membres du Secrétariat technique du Comité, ainsi que de celui de la plupart de ses groupes de travail, appartiennent à l'INSHT, qui fournit également un grand nombre d'experts pour les missions à effectuer par les groupes de travail. Cette participation s'étend pareillement aux groupes-miroirs du CEN et de l'ISO.

Surveillance du marché

La surveillance du marché est assurée conjointement par l'Administration centrale et par les Communautés autonomes. Pour les produits industriels, c'est le **Ministère de la Science et de la Technologie** (Ministerio de Ciencia y Tecnología) qui supervise les échantillons et les essais. S'il détecte des produits non-conformes, il en informe les communautés autonomes, en réclamant une interdiction provisoire de la vente et, si nécessaire, l'application de la clause de sauvegarde. Ce sont alors les services compétents des Communautés autonomes qui ont la charge d'interdire le lancement sur le marché, ou, le cas échéant, la distribution, la mise en service ou la libre circulation du produit incriminé.

À titre d'exemple, dans le cas des équipements de protection individuelle sur le lieu de travail, c'est au **Centre national des Équipements de protection** (Centro Nacional de Medios de Protección) de l'INSHT, basé à Séville, qu'il revient de se procurer les échantillons des produits, et de vérifier qu'ils sont conformes à la directive 89/686/CEE, ou, le cas échéant, aux normes EN pertinentes. Les rapports d'essais sont ensuite remis au Ministère de la Science et de la Technologie pour examen et, le cas échéant, pour mise en place d'autres mesures adéquates.

Antonio Carmona



Antonio Carmona
acarmona@mtas.es
INSHT – Centro Nacional
de Medios de Protección

¹ Instituto Nacional de Seguridad e Higiene en el Trabajo

² Asociación Española de Normalización y Certificación

SOLVIT – Problemlösung im Binnenmarkt

Obwohl der EU-Binnenmarkt grundsätzlich gut funktioniert, können sich für Unternehmen und Bürger in Einzelfällen durch eine nicht korrekte Anwendung der Binnenmarktvorschriften Probleme ergeben. Vor diesem Hintergrund wurde bei den Verwaltungen der EU-Mitgliedstaaten ein Netz von Kontaktstellen (SOLVIT-Stellen) errichtet, die helfen sollen, Problemfälle im Zusammenhang mit dem Marktzugang von Waren und Dienstleistungen, mit Unternehmensgründungen, mit dem öffentlichen Beschaffungswesen, mit Steuern, mit dem Wahlrecht u.v.m. möglichst wirkungsvoll und ohne Rückgriff auf ein Gerichtsverfahren zu lösen.

Bei Eingaben überprüft die SOLVIT-Stelle im Land der Anfrage zunächst die Einzelheiten des Falles und leitet ihn über ein Online-Datenbanksystem an die SOLVIT-Stelle desjenigen Mitgliedstaates weiter, in dem das Problem auftritt („federführende“ SOLVIT-Stelle). Diese bestätigt innerhalb einer Woche, ob sie den Fall übernimmt oder nicht. Nach einer Frist von 10 Wochen soll eine Lösung gefunden werden. Die Möglichkeit, ein gesondertes förmliches Verfahren anzustrengen, bleibt hiervon unberührt.

Neue Richtlinien zum Schutz vor physikalischen Einwirkungen – Lärm und elektromagnetische Felder

Am 15.02.03 trat die **Richtlinie 2003/10/EG zum Schutz vor Lärm** in Kraft (<http://europa.eu.int/eur-lex>). Sie definiert Schutzziele, Expositionsgrenz- sowie Auslösewerte. Außerdem enthält sie Anforderungen zum Tragen von Gehörschutz, zu Lärminderungsprogrammen und Gehöruntersuchungen sowie zur Unterrichtung und Unterweisung der Arbeitnehmer. Die Richtlinie ist bis zum 15. Februar 2006 in nationales Recht umzusetzen.

Am 20.10.03 einigte sich der EU-Ministerrat auf den Text der künftigen **EG-Richtlinie zum Schutz der Arbeitnehmer vor elektromagnetischen Feldern (EMF)**. Die Richtlinie enthält Grenzwerte für die Belastung durch EMF sowie Aktionswerte, die Vorbeugungsmaßnahmen auslösen. Die Arbeitgeber werden verpflichtet, auftretende Risiken zu bewerten und ggf. organisatorische oder technische Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Sie müssen ebenfalls die Arbeitnehmer über mögliche Gesundheitsgefährdungen informieren.

Eine weitere **Richtlinie zum Schutz vor optischer Strahlung** soll nächstes Jahr von der EU-Kommission vorgeschlagen werden.

Verbesserte Version von NoRA (Normen-Recherche Arbeitsschutz)

Das Recherche-Tool NoRA für Normen mit Arbeitsschutzbezug steht nunmehr seit einem Jahr online kostenlos unter www.kan.de/nora zur Verfügung. Die erste Version von NoRA wurde jetzt mit Hilfe der eingegangenen Verbesserungsvorschläge überarbeitet und anwenderfreundlicher gestaltet. Weiterhin wurde die Zugriffsgeschwindigkeit durch die Umstellung auf eine Datenbank erhöht, und die Suchfelder „Dokumentart“ (Suchbegriffe „Normentwurf“, „Norm“ und „Vornorm“) und „Einspruchsfrist“ wurden ergänzt.

Um NoRA auch gezielt für Recherchen nach aktuellen Normentwürfen mit Arbeitsschutzbezug nutzen zu können, wird in Kürze eine monatlich aktualisierte Liste der vom DIN veröffentlichten Normentwürfe verfügbar gemacht. Die Liste lässt sich mit einem Mausklick aufrufen und kann Arbeitsschutzexperten künftig die fristgerechte Kommentierung von Normentwürfen erleichtern.

Ein **Infoheft** zur überarbeiteten Version von NoRA ist kostenlos in der KAN-Geschäftsstelle erhältlich.

EUROSHNET entwickelt sich

Seit Oktober 2003 ist **EUROSHNET** (European Occupational Safety and Health Network) online. Mehr als 70 Arbeitsschutzexperten haben sich bereits in den ersten beiden Monaten zur Mitarbeit angemeldet: Etwa 35 Prozent der registrierten Experten kommen von Arbeitsschutzinstitutionen aus Polen, mehr als 30 Prozent aus Deutschland, gefolgt von Experten aus Frankreich (25 %) und Großbritannien (10 %).

Nach einer Phase, in der schwerpunktmäßig die Registrierung der Experten erfolgt, wird nun von den für die einzelnen Foren verantwortlichen Koordinatoren aktiv die Diskussion zu aktuellen Themen angestoßen. Hierzu gehören z.B. das Vorhandensein und die Nutzung von Emissionsdaten bei Maschinen oder die Überarbeitung der PSA-Richtlinie.

SOLVIT – Problem Solving in the International Market

Although the European Single Market functions on the whole very well, citizens and companies may encounter difficulties in particular cases where Single Market regulations are not applied properly. This fact has prompted the setting up of a network of liaison offices (SOLVIT Centres) in the national administrations of the EU Member States, whose purpose is to resolve problems relating to the market access of goods and ser-



[europa.eu.int/
comm/internal
_market/solvit](http://europa.eu.int/comm/internal_market/solvit)

www.euroshnet.org

vices, establishment of companies, public procurement, taxation, voting rights, and many other issues, as effectively as possible and without recourse to legal action.

The SOLVIT Centre in the country receiving a complaint first considers the details of the case. It then forwards the case through an online database system to the SOLVIT Centre in the Member State in which the problem has occurred (the "Lead" SOLVIT Centre). The latter confirms within one week whether or not it will accept the case. A solution must be found within 10 weeks. The right to initiate separate formal proceedings is not prejudiced.

New directives governing protection against physical agents: noise and electromagnetic fields

EC Directive 2003/10/EC against risks arising from noise came into force on 15 February 2003. The directive defines objectives of protection, exposure limits and exposure action values. It further sets out requirements for the wearing of hearing protectors, for noise reduction programmes and hearing tests, and for the training and instruction of employees. The directive is to be transposed into national law by 15 February 2006.

On 20 October 2003, the EU Council of Ministers agreed on the text of the future **EC directive governing the protection of workers against electromagnetic fields (EMF)**. This directive contains limit values for exposure to EMF and exposure action values which prompt preventive measures. Employers are obliged to assess the risks arising and where applicable to take organizational or technical protective measures. They must also inform the employees regarding possible hazards to health.

A further **directive governing protection against optical radiation** is to be proposed next year by the European Commission.

Improved version of the NoRA OH&S standards research tool

The NoRA research tool for OH&S-related standards has been available free of charge online for a year at www.kan.de/nora. The original incarnation of NoRA has now been modified and made more user-friendly in consideration of the suggestions for improvements submitted by users. The access speed has also been increased by implementation of a database, and search fields have been added for the document type ("draft standard", "standard" and "prestandard") and for the "deadline for appeals".

In order for NoRA to be used specifically for searches for current draft standards of relevance to occupational health and safety, a list of the draft standards published by DIN will be made available in the near future

and updated monthly. The list can be called up conveniently from a link and will assist OH&S experts in future in their task of commenting upon draft standards before the allotted deadline.

An **information booklet** (in German) on the updated version of NoRA can be obtained free of charge from the KAN Secretariat.

EUROSHNET continues to develop

EUROSHNET (the **EUR**opean **O**ccupational **S**afety and **H**ealth **NET**work) went online in October 2003. Over 70 occupational health and safety experts registered for participation in the first two months. Some 35% of the registered experts are from OH&S institutions in Poland, over 30% from Germany, followed by experts from France (25 %) and the United Kingdom (10 %).

Following a phase largely concerned with registration of the experts, co-ordinators responsible for the individual fora are now actively promoting discussion of topical subjects. These include the existence and use of emissions data on machinery, and revision of the PPE Directive.

www.euroshnet.org

SOLVIT - Resolution des problèmes dans le Marché Intérieur

Bien que le fonctionnement du Marché intérieur soit fondamentalement satisfaisant, des particuliers ou des entreprises peuvent, dans certains cas, se voir confrontés à des problèmes dus à une application incorrecte des règles du Marché intérieur. C'est sur cette toile de fond qu'a été créé auprès de l'administration de chacun des États membres, un réseau de centres de contact (les centres SOLVIT), dont la vocation est d'aider à résoudre les problèmes liés à l'accès au marché des biens et des services, à la création d'entreprises, aux marchés publics, à la taxation, au droit de vote, etc..., et ce aussi efficacement que possible, et sans avoir à recourir à une action en justice.

Quand le centre SOLVIT d'un pays est saisi, il examine d'abord tous les aspects de la demande, puis transmet le dossier, par le biais d'un système de base de données en ligne, au centre SOLVIT de l'État membre où le problème s'est posé (centre SOLVIT « chef de file »). Celui-ci confirme dans la semaine qui suit s'il accepte ou non le dossier. Après un délai de 10 semaines, une solution doit avoir été trouvée. Ceci n'empêche pas le demandeur d'intenter par ailleurs une procédure formelle.

http://europa.eu.int/comm/internal_market/solvit

De nouvelles directives sur la protection contre les agents physiques – bruit et champs électromagnétiques

Le 15 février 2003, la **Directive 2003/10/CE concernant la protection contre le bruit** (<http://europa.eu.int/eur-lex>) est entrée en vigueur. Elle définit les objectifs en matière de protection, les valeurs limites d'exposition et les valeurs d'exposition déclenchant l'action. Elle contient en outre des exigences sur le port de protecteurs auditifs, sur des programmes de réduction du bruit, et sur l'information et la formation des travailleurs. La directive doit être transposée dans les droits nationaux avant le 15 février 2006.

Le 20 octobre 2003, le Conseil des Ministres de l'UE s'est mis d'accord sur le texte de la prochaine **Directive CE sur la protection des travailleurs contre les champs électromagnétiques (CEM)**. Cette directive contient des valeurs limites pour la charge due aux CEM, ainsi que les valeurs déclenchant des mesures préventives. Les employeurs seront tenus d'évaluer les risques potentiels, et de prendre les mesures de protection organisationnelles et techniques nécessaires. Ils doivent également informer les salariés sur les risques possibles pour la santé.

Une autre **Directive sur la protection contre les rayonnements optiques** doit être proposée par la Commission de l'UE dans le courant de l'année prochaine.

NoRA (Recherches de normes sur la prévention): le système s'affine

NoRA, instrument permettant la recherche systématique de normes relatives à la prévention est disponible gratuitement depuis maintenant un an, à l'adresse www.kan.de/nora. Suite à des suggestions émises par les utilisateurs, la première version de NoRA a fait l'objet de modifications, qui en ont amélioré la convivialité. La rapidité d'accès s'est trouvée en outre accrue, grâce au basculement sur une base de données, et les rubriques "Dokumentart" (type de document) (descripteurs: "Projet de norme", "Norme" et "Prénorme"), et "Einspruchsfrist" (délai de recours) ont été ajoutées.

Afin de pouvoir utiliser NoRA également pour une recherche ciblée de projets de normes actuels concernant la prévention, le site publiera prochainement une liste, actualisée mensuellement, des projets de normes publiés par le DIN. Consultable sur simple clic, cette liste facilitera la tâche aux préventeurs, leur permettant de fournir, dans les délais voulus, leurs commentaires sur les projets de normes.

Une **brochure d'information** (en allemand) sur la version révisée de NoRA est disponible gratuitement auprès du Secrétariat de la KAN.

EUROSHNET se développe

Depuis octobre 2003, **EUROSHNET** (European Occupational Safety and Health Network) est disponible sur le web. Dès les deux premiers mois, plus de 70 préventeurs se sont déjà inscrits pour participer à ce réseau. Sur les experts enregistrés, 35 % environ appartiennent à des organismes de prévention de Pologne, et plus de 30 % d'Allemagne. Ils sont suivis par les préventeurs français (20 %) et britanniques (15 %).

Après une phase consacrée principalement à l'enregistrement des préventeurs, les coordinateurs responsables des différents forums vont maintenant lancer la discussion sur des sujets d'actualité, tels que l'existence et l'utilisation de données sur les émissions des machines, ou la révision de la directive sur les EPI.

Veröffentlichungen/Publications

• Arbeits- und Gesundheitsschutz in kleinen und mittleren Unternehmen

Insbesondere KMU benötigen oft tiefere Kenntnisse über rechtliche Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz. Der vorliegende Titel gibt u.a. eine Übersicht über die wichtigsten Verantwortlichkeiten des Unternehmers und empfiehlt in praxisgerechten Handlungsanleitungen, wie die rechtlichen Vorgaben gerichtsfest und nutzbringend für Unternehmen und Mitarbeiter umgesetzt werden können.

Bezug: Tel. 0221 937 630; DWD-Verlag, Köln www.dwd-verlag.de; 220 Seiten, 2002, 39 €.

• Der HVBG-Newsletter

Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG) informiert monatlich zurzeit ca. 4.000 Abonnenten durch einen kostenlosen Newsletter über Aktuelles aus der Arbeit der Berufsgenossenschaften. Zu allen Nachrichten gibt es Quellenangaben (Link oder E-Mail-Adresse) für die weitere Recherche. Interessenten können sich unter www.hvbg.de/d/pages/presse/news1.htm (Info-Abo) mit ihrer E-Mail-Adresse eintragen.

• Arbeits- und Gesundheitsschutz in kleinen und mittleren Unternehmen (Occupational health and safety in small and medium-sized enterprises)

SMEs frequently encounter a need for more detailed information on the legal OH&S requirements. This publication contains an overview of the chief responsibilities of employers,



www.euroshnet.org

and provides practical guidance upon how the requirements can be implemented in a legally defensible manner as well as being beneficial to both companies and employees.

Available from: DWD-Verlag, Cologne, Germany, Tel. +49 221 937 630; www.dwd-verlag.de; 220 pages, 2002, 39 €.

• The HVBG Newsletter

The HVBG (the Federation of Institutions for Statutory Accident Insurance and Prevention) currently distributes a free monthly newsletter to some 4,000 subscribers. The newsletter contains the latest information on the BGs' activities. Sources of information in the form of Internet links or e-mail addresses are also indicated for further research on all reported subjects. Should you be interested in receiving the newsletter, please register, indicating your e-mail address, at <http://www.hvbg.de/d/pages/presse/news1.htm> (Info-Abo).

• Arbeits- und Gesundheitsschutz in kleinen und mittleren Unternehmen (La sécurité et la santé au travail dans les petites et moyennes entreprises)

Il arrive souvent que les PME aient juste-ment besoin de connaissances plus approfondies sur les réglementations légales concernant la sécurité et la santé au travail. Cet ouvrage fournit, entre autres, un aperçu des principales responsabilités incombant au chef d'entreprise, et donne des recommandations pratiques sur la manière dont les réglementations légales peuvent être mises en application, de manière judiciairement inattaquable, et pour le bénéfice tant des entreprises que de leur personnel. *À commander auprès de:* Tél. +49 221 937 630; DWD-Verlag, Cologne; www.dwd-verlag.de; 220 pages, 2002, 39 €.

• Le Newsletter du HVBG

La Fédération allemande des organismes d'assurance et de prévention des risques professionnels (HVBG) informe chaque mois ses abonnés (4.000 actuellement) par un Newsletter gratuit sur les actualités concernant le travail des BG. Toutes les informations sont accompagnées d'une indication des sources (lien ou adresse e-mail), pour une recherche plus approfondie. Les personnes intéressées peuvent s'abonner, en indiquant leur adresse e-mail, à l'adresse www.hvbg.de/d/pages/presse/news1.htm (Info-Abo).

Internet

• www.wordreference.com

Dieses Online-Wörterbuch umfasst die Sprachpaare Englisch – Deutsch/Französisch/Italienisch/Spanisch und ein rein englisches Wörterbuch mit Definitionen. Die große Zahl von Einträgen sowie Kontextangaben und Beispielsätze machen es zu einer besonders wertvollen Übersetzungshilfe.

• www.eotc.be/newapproach/

Das englischsprachige "New and Global Approach Learning Tool" steht kostenlos auf den Seiten der European Organisation of Conformity Assessment (EOCT) zur Verfügung. Es erläutert die Prinzipien und Mechanismen des neuen und globalen Ansatzes mithilfe von Schaubildern, Fragen und Antworten und praktischen Beispielen. Links führen bei Bedarf zu detaillierteren Informationen und Grundlegendokumenten.

• www.wordreference.com

This online dictionary covers the language combinations English – German/French/Italian/Spanish, together with definitions in English. With its large number of entries, contextual information and example sentences, it constitutes a valuable aid for translation.

• www.eotc.be/newapproach/

The European Organisation of Conformity Assessment (EOCT) presents a "New and Global Approach Learning Tool" free of charge on its web pages. The tool explains the principles and instruments of the new and global approach with illustrations, questions and answers, and practical examples. Links can be followed to more detailed information and basic documents.

• www.wordreference.com

Ce dictionnaire en ligne couvre les combinaisons de langues anglais – allemand/français/italien/espagnol, ainsi qu'un dictionnaire monolingue en anglais avec des définitions. Le nombre important d'entrées, ainsi que l'indication de contextes et des exemples de phrases en font un instrument précieux pour la traduction.

• www.eotc.be/newapproach/

Rédigé en anglais, le « New and Global Approach Learning Tool » est disponible sur le site de l'European Organisation of Conformity Assessment (EOCT). Il explique les principes et mécanismes de la Nouvelle approche et de l'Approche globale, à l'aide d'illustrations, de questions et de réponses, et d'exemples pratiques. Des liens permettent d'avoir accès à des informations plus détaillées et à des documents de référence.

Info	Thema / Subject / Thème
26.01. – 30.01.2004 Dresden BGAG – Berufsgenossenschaftliches Institut Arbeit und Gesundheit Tel.: +49 351 457 1912 www.bgag-seminare.de	Rechtsgrundlagen der Prävention (Seminar) Statutory principles of prevention (seminar) Les fondements juridiques de la prévention (séminaire)
28.01.2004 Dortmund UB-Media Tel.: +49 8121 226 145 www-ff.ubmedia.de	Gefährdungsbeurteilung Druckgeräte (Seminar) Pressure equipment risk assessment (seminar) L'appréciation du risque – équipements sous pression (séminaire)
24.02. – 27.02.2004 Madrid Feria de Madrid Tel.: +34 91 722 50 42 www.sicur.ifema.es	Sicur 2004 – Internationale Messe für Arbeitsschutz, Sicherheit und Feuerschutz Sicur 2004 – International Security, Safety and Fire Exhibition Sicur 2004 – Salon international de la Sécurité, sûreté et protection contre l'incendie
17.03. – 18.03.2004 Darmstadt VDI – Verband Deutscher Ingenieure Tel.: +49 211 6214 501 www.vdi.de/vdi/tsv/t_kongresse_suche/index.php	Humanschwingungen Fachtagung über Gesundheitsbelastungen durch mechanische Schwingungen am Arbeitsplatz Human vibration Conference on the impact of vibration at the workplace upon human health L'effet des vibrations sur l'homme Congrès professionnel sur l'impact sur la santé des vibrations mécaniques sur le lieu de travail
24.03. – 26.03.2004 Zürich ETHZ, Institut für Hygiene und Arbeitsphysiologie E-Mail: gfa@ifado.de www.gfa2004.ethz.ch	„Arbeit + Gesundheit in effizienten Arbeitssystemen“ (Kongress) “Work + health in efficient work systems” (congress) « Le travail et la santé dans des systèmes efficaces de travail » (congrès)



Wir wünschen allen Lesern ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und viel Glück im Neuen Jahr!
Ihre KAN-Geschäftsstelle

We wish all readers a merry and contemplative Christmas, and the best of success in the New Year!
The KAN Secretariat

Nous souhaitons à tous nos lecteurs un joyeux Noël et une excellente année 2004 !
Le Secrétariat de la KAN

IMPRESSUM

Herausgeber/publisher/éditeur
 Verein zur Förderung der Arbeitssicherheit in Europa e.V. (VFA)

mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit / with the financial support of the German Ministry of Economics and Labour / avec le soutien financier du Ministère allemand de l'Économie et du Travail.

Redaktion/editor/rédaction
 Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN) – Geschäftsstelle
 Michael Robert, Birgit Hartmetz

Schriftleitung /responsible/responsable
 Dr.-Ing. Joachim Lambert
 Alte Heerstr. 111
 D - 53757 Sankt Augustin

Gestaltung/design/réalisation
 Felder Köln/Berlin

Übersetzung/translation/traduction
 Odile Brogden, Marc Prior

Erscheinungsweise: vierteljährlich / published quarterly / parution trimestrielle

Verbreitungsweise unentgeltlich / distributed free of charge / distribué gratuitement

Tel. +49 (0) 2241 - 231 3463
 Fax +49 (0) 2241 - 231 3464

Internet: www.kan.de
 E-Mail: info@kan.de